

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
heim „Invalidendank“.

Nr. 703.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 7. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Warum so schüchtern?

Hier ist Rhodus, komm' und zeige
Deine Kunst, hier wird getanzt;
Oder trolle Dich und schweige,
Wenn Du jetzt nicht tanzen kannst!

Diese Verse konnte man dem am 3. d. M. in Brandenburg versammelten konservativen Parteitage zuhören, von dem man mit Recht die Kundgebung eines bestimmten politischen Parteiprogramms, bestimmte Aeußerungen über die sozialpolitischen Projekte des Reichskanzlers und wohlmotivirte Stellungnahme zu denselben erwarten durfte. Diese Erwartung, so sie überhaupt ernsthaft gehegt wurde, ist aber gründlich getäuscht worden. Das Schelten auf die gesammte „liberale“ Gesetzgebung und das Versprechen, die Politik des Reichskanzlers untergraben zu wollen, können doch als Programm einer selbständigen zielbewußten Partei nicht betrachtet werden. So wie man eben aus dem Nebel allgemeiner Phrasen und Versprechungen zu bestimmten Kundgebungsfragen übergeht, zeigt sich, daß die konservative Partei selbst nicht weiß, was sie will. Greifen wir ein Beispiel heraus: Den Liberalen wird der Vorwurf gemacht, daß sie das Zustandekommen des Unfallgesetzes verhindert hätten. Jedermann weiß, daß in Wahrheit die Nationalliberalen dem Gesetz in einer Form zuzustimmen bereit waren, bei welcher der Zweck desselben sehr wohl erreicht werden konnte. Das hauptsächlichste Hinderniß der Verständigung war der Staatszuschuß, den der Reichskanzler für einen unentbehrlichen Bestandtheil, wenn nicht für den Kernpunkt seines sozialpolitischen Systems hielt. In der Brandenburger Versammlung stellte sich nun ein konservativer Redner in dieser Frage ganz auf den liberalen Standpunkt, indem er ausführte, daß dem Unternehmer das Risiko des Unfalls, d. h. die ganze Versicherungsprämie aufgebürdet werden müsse. Dagegen bemerkte der Führer der Konservativen, Herr v. Wedell-Malschow, daß es einem Theil seiner Partei zweifelhaft geblieben sei, ob die Industrie die ganze Prämie mittragen könne, die Frage sei noch nicht spruchreif und nur von untergeordneter Bedeutung. Also die unvereinbarkeit der Reichskanzler das Gesetz zurückwies, und im Mittelpunkt seines ganzen Systems bildet, ist noch unklar und von geringer Bedeutung! Im Uebrigen ereiferten sich die konservativen Redner viel über die Auswüchse und Ueberschüsse des Parlamentarismus auf Kosten der Machtfülle der Monarchie. Es wird aber ganz verschwiegen, daß die Liberalen lediglich den verfassungsmäßig vereinbarten Besitzstand schützten, daß nur in der Vertheidigung befanden. Wo in den letzten Jahren die verfassungsmäßige Rechts- und Machtstellung der Volksvertretung zur Sprache kam, handelte es sich keineswegs um Anträge oder Bestrebungen nach einer Vermehrung der Macht des Reichstags, sondern nur um Zurückweisung von Vorschlägen, in denen, wie z. B. dem der zweijährigen Budgetperioden, nach Ansicht der Liberalen eine Schmälerung der Rechte der Volksvertretung enthalten war, oder es handelte sich um einen Ersatz für die unzweifelhafte Machterweiterung der Regierung, welche aus der Ausdehnung des indirekten Steuersystems entspringen mußte. Nicht von den Liberalen geht der Versuch aus, die konstitutionellen Grundlagen zu verschieben, sondern von den Konservativen. An dem Brandenburger Parteitag nahmen auch freikonservative Politiker Theil, es ist aber auch von dieser Seite nicht der geringste Versuch gemacht worden, die wildesten Ausfälle gegen die ganze „liberale“ Gesetzgebung zurückzuweisen oder nur abzuweichen, gegen eine Gesetzgebung, an der die gemäßigt konservative Partei mindestens ebenso viel Antheil hat als die gemäßigt liberale. Wo soll da das Vertrauen herkommen, daß wir bald wieder zu den früheren Grundlagen unseres politischen Lebens, dem Zusammenwirken der gemäßigten Parteien von rechts und links, gelangen könnten, wenn im konservativen Lager, wie der Brandenburger Parteitag wieder gelehrt hat, die schroffste Feindschaft gegen alle Schöpfungen der sogenannten liberalen Ära gepflegt wird, wenn unter dem Beifall der Versammlung ein Redner die ganze „Freiheit der Liberalen“ als Freiheit für Lumpen, Vagabunden und Trunkenbolde charakterisiren konnte!!! Solchen Invektiven gegenüber kann es für ein Volk, das sich nicht noch achtet, nur eine Antwort geben: möglichste Ausbreitung dieser sogenannten Konservativen aus den Volksvertretungen.

Die Erinnerungen des Herrn v. Unruh.

Wer die bis jetzt in der „Deutschen Revue“ erschienenen Abschnitte aus Herrn v. Unruh's Erinnerungen gelesen, hat gewiß weder aus Ton noch aus Inhalt derselben den Eindruck gewonnen, daß es sich hier um Lüge, Verleumdung und leichtfertigen Klatsch handle; dem widersprechen überdies sowohl innere Gründe wie bekannte Thatfachen. Im Uebrigen ist es ganz falsch zu glauben,

den jene Veröffentlichungen seien dazu angethan, den Fürsten Bismarck herunterzusetzen; sie erkennen im Gegentheil seine großen Eigenschaften durchweg an, geben aber ein Gesamtbild Bismarck's in historischer Beleuchtung, welches allerdings der neuerdings in den offiziellen Organen üblich gewordenen Verhimmelungsmethode nicht Vorschub leistet. Letzteres spricht aber unseres Erachtens eben zu Gunsten der betreffenden Veröffentlichungen des Herrn v. Unruh, mit denen wir uns im Folgenden nochmals beschäftigen wollen.

Herr v. Bismarck machte dem Letzteren bereits 1859 andeutungsweise Mittheilungen über seinen antiösterreichischen Standpunkt, und Herr v. Unruh hebt hervor, daß derselbe schon 1854 sich zu Frankfurt in ähnlicher Weise geäußert habe. Bismarck habe also den Plan, Oesterreich aus Deutschland zu entfernen, 12 Jahre mit sich herumgetragen, was von Wichtigkeit für die Beurtheilung der Konfliktperiode und Bismarck's selbst sei.

Es folgen dann die bereits auszugswiese bekannten Mittheilungen, denen wir ergänzend noch beifügen, daß Herr v. Unruh sich jener anti-österreichischen Aeußerungen Bismarck's im Jahre 1862 wohl noch erinnerte und der Meinung war, wenn die Militärreorganisation der Ausführung einer solchen Politik dienen sollte, müsse man sie im Wesentlichen, wenn auch nur auf Zeit, genehmigen. Er habe mit dieser Meinung bei seinen politischen Freunden auch Anklang gefunden, aber zugleich sei ihm entgegnet worden, man könne keine Sicherheit erlangen, ob Bismarck's Politik wirklich auf die Einigung Deutschlands gerichtet sei, auch erscheine zweifelhaft, ob er dieselbe der Kamarilla gegenüber durchzuführen im Stande sein werde. Man müsse abwarten, wie Bismarck sich benehmen werde. Dieses „Benehmen“ war nun aber, wie wir bereits auszugswiese mitgetheilt, derart, daß v. Unruh und seine Freunde allen Grund hatten, den Ministerpräsidenten lediglich als einen Reaktionsminister zu betrachten. Derselbe machte überdies keinerlei aufklärende Mittheilung irgend welcher Art; erst nach 1866 erklärte er, „im Herbst 1862 habe man ihn telegraphisch zur Uebernahme des Ministerpräsidentiums nach Berlin berufen, ohne irgend eine Bedingung daran zu knüpfen. Er habe also angenommen, daß der König stillschweigend seine auswärtige Politik billige.“

Es trat damals eine Zeit politischer Verfolgungen ein, welche es den Manteuffel'schen Zeiten gleich that und die Liberalen in der Ueberzeugung befestigte, daß Bismarck nur der Reaktion diene. Herr v. Unruh bemerkt, die damaligen Erfahrungen seien derart gewesen, daß sein „Vertrauen zum preussischen Richterstande in Zeiten großer politischer Aufregung und starken Drucks von oben sehr erschüttert worden sei“. Er und seine Freunde glaubten zuletzt bestimmt, Bismarck habe seine früheren Pläne in der äußeren Politik definitiv aufgegeben.

Hieran schließen sich sodann die Enthüllungen, denen zufolge Bismarck als Konfliktminister bloß eine Rolle spielte, um sich der Kamarilla gegenüber, die ihn zur Belämpfung des Abgeordnetenhauses brauchte, am Ruder zu erhalten; hieraus erkläre sich, warum Bismarck gar keine Aufschlüsse gab, welche doch leicht ein Einvernehmen mit den Liberalen hergestellt haben würden. Er habe den Konflikt gebraucht, und ihm sei eher an einer Verschärfung als an einer Beilegung desselben gelegen gewesen.

Gerade hierüber ist nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Rand und Band gerathen, denn diese Darstellung der Konfliktperiode ist geradezu ein Strich durch ihr System der Aufhebung wider die Liberalen, und doch stimmt die Darstellung des Herrn v. Unruh merkwürdig zu den Denkwürdigkeiten des Grafen Seherr-Thopf. Nachdem unbeantwortet und unwidersprochen sämtliche Zeitungen die Aeußerung Bismarck's abgedruckt haben: „Sie haben mich für einen Junker, einen Reaktionsärge gehalten. Der Schein trägt. Um meine Zwecke zu erreichen (den Krieg gegen Oesterreich) mußte ich diese Rolle spielen.“ ist das, was Herr v. Unruh jetzt mittheilt, wohl eine kleine Ergänzung des Bildes der Konflikt-Epoche; aber im Kern der Sache kann man nicht mehr sagen, als die eigenen Worte Bismarck's aussprechen. Es war „eine Rolle“, die gespielt wurde und zwar so gut gespielt wurde, daß man sich, wie die „Volksztg.“ meint, in allen Fällen, in welchen man im nationalen Interesse des Rollenpielens bedarf, keinen Besseren dazu wünschen kann. Aber freilich das Rollen spielen kann nur dem Auslande gegenüber, nicht auch in Fragen der inneren Politik zugelassen werden, und darum ist das liberale Mißtrauen gegen die jetzige verschleierte innere Politik des Reichskanzlers ganz gerechtfertigt.

Wir geben im Weiteren noch einige interessante Daten aus den Veröffentlichungen v. Unruh's. Bismarck zeigte sich bei der Vereinbarung der norddeutschen Bundesverfassung in manchen Punkten nachgiebig, nur in zwei Punkten blieb er unerwiderlich: in der Zurückweisung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten und in Ablehnung der Einrichtung eines Bundesministeriums. Mit Bezug auf letzteren Punkt erzählt v. Unruh:

„Der Verfassungsentwurf spricht nur vom Bundeskanzler und erwähnt eines Bundesministeriums gar nicht. Die Mehrheit des Reichstags verlangte verantwortliche Bundesminister oder Verwaltungschefs. Bismarck erklärte positiv, hierauf nicht eingehen zu können, und sprach sich schon damals, wie auch später ganz entschieden gegen die preussische Organisation aus, die ihm als Ministerpräsidenten keinen genügenden Einfluß gewähre. Seinen Forderungen und Anordnungen stelle jeder preussische Minister seine persönliche Verantwortlichkeit entgegen. Sogar die Räte in den einzelnen Ministerien zögen sich hinter den Gehorsam zurück, den sie ihrem Minister schulden. Dem Ministerpräsidenten bleibe eigentlich nur die formale Leitung der Geschäfte. Wollen Sie, fragte Bismarck, dieselbe Konfusion (er brauchte einen noch stärkeren Ausdruck) auch im neuen Bunde einführen? — Auf die Eindeutung, daß solchen Uebelständen durch die Wahl geeigneter Minister abgeholfen und die allerdings nothwendige Uebereinstimmung des ganzen Ministeriums in allen Hauptfachen herbeigeführt werden könne, erwiderte Bismarck, er könne in Preußen keinen Minister los werden, den er nicht brauchbar finde, und keinen Minister, den er für genügend halte, erlangen. Ihm seien die Hände gebunden. Darauf könne er sich im Bunde nicht einlassen. Der Forderung, daß dem Reichstage verantwortliche Verwaltungschefs gegenüber stehen müssen, setzte Bismarck entgegen, daß er sich für verantwortlich halte und der Reichstag sich damit begnügen müsse. Ähnlich hat sich Bismarck oft privatim und öffentlich ausgesprochen und eine überaus scharfe Kritik über die preussische Ministerialverfassung und die anderer Staaten geübt. Es genügt noch heute die leiseste Hindeutung auf die Nothwendigkeit eines Bundesministeriums, um ihn zum heftigsten Widerspruch zu reizen. So klagte er einmal gegen mich, daß er unter der Last der Geschäfte erliege, kaum alle Sachen lesen könne. Ich erwiderte, daß er sich wohl selbst zu sehr überlade, zu viel selbst arbeite; die alten Bureaukraten verständen es vortrefflich, Andere für sich arbeiten zu lassen. Es zeige sich, daß auch hier das Prinzip Platz greifen müsse: Theilung der Arbeit. „Ich weiß, was Sie meinen, aber ich danke dafür“, lautete die Antwort. ... So viel sich auch mit Recht gegen die Verfassung sagen ließ, so bildete sie doch unbestreitbar die Basis einer wirklichen Einigung zunächst der norddeutschen Staaten und demnachst von ganz Deutschland. Die Verfassung war und ist verbesserungsbedürftig, aber auch fähig, um so mehr, als selbst zu tief eingreifenden Verfassungsänderungen im Reichstage die einfache Majorität genügt. So ist denn auch später die bedeutende Erweiterung der Kompetenz des Reichstags in Bezug auf die Gesetzgebung erfolgt. Einen Hauptmangel der Verfassung bezeichnete bei der Verathung der Abgeordnete Loewe-Calbe treffend, indem er sagte, die Verfassung sei dem Reichskanzler von Bismarck auf den Leib zugeschnitten. In der That kann die jetzige Reichsverfassung nur unter einem so energischen, einflussreichen Mann, wie Bismarck, mit Erfolg funktionieren. Denkt man sich an seine Stelle einen ganz gescheuten und geschulten hohen Beamten, aber mit weniger Energie und ohne die Gabe, den Bundesrath zu beherrschen, so müssen nothwendig höchst bedenkliche Verwickelungen entstehen, die leicht zu Erschütterungen des Bundes führen können. Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf, ob der Reichskanzler diese schwache Seite seiner Schöpfungen übersehen, was doch bei einem so scharfen Verstande und weiten Blick kaum anzunehmen ist, oder ob er trotz jener Bedenken so organisiert, wie es ihm persönlich am besten paßt, auf die Gefahr hin, daß es seinem Nachfolger schwer oder unmöglich sein werde, in seine Fußtapfen zu treten, die geschaffenen Reichs-Institutionen zu befestigen und die jetzt noch lose Einigung Deutschlands zu einer haltbaren, unerschütterlichen zu machen? — Mir will es bis jetzt nicht gelingen, in der inneren Politik Bismarck's das Streben zu entdecken: für die Zukunft und die Dauer zu sorgen. Er geht mit der größten Energie auf seine Ziele los und wendet selbst gefährliche Mittel zur Erreichung derselben an, jedenfalls in dem Bewußtsein, daß es ihm gelingen werde, der Gefahren Herr zu bleiben. Aber was einer so dominirenden, gewaltigen Persönlichkeit gelingt, kann von seinen Nachfolgern nicht mit Sicherheit erwartet werden. Schon im Jahre 1867 mußte jedem Einsichtigen klar werden, daß unter Bismarck von einer parlamentarischen Regierung nicht die Rede sein könne. Eine solche bedingt unter gewissen Umständen Ministerwechsel und regierungsfähige Parteien. Nun steht aber dem Reichstage kein Ministerium, sondern nur der Reichskanzler gegenüber, den fast alle Parteien, sofern sie nicht Feinde der deutschen Einheit sind, für ganz unentbehrlich halten. Regierungsfähige Parteien können gar nicht entstehen, wenn ihnen keine Gelegenheit gegeben wird, an der Regierung theilzunehmen. Dieser Umstand hat indessen den guten Willen der Nationalliberalen nicht beeinträchtigt, den Reichskanzler nach Möglichkeit und so viel zu unterstützen, als es ohne Verletzung der obersten liberalen Prinzipien geschehen konnte. Eine eigentliche Regierungspartei konnten die Nationalliberalen aller-

dings nicht bilden, weil dazu eine völlige Uebereinstimmung der Hauptgrundsätze auf beiden Seiten gehört haben würde, die augenscheinlich nicht vorhanden war. Eine Partei aber, die gar keine eigenen Grundsätze, sondern nur die Tendenz hat, der Regierung die Majorität zu sichern, gewährt in kritischer und gefährlicher Zeit keine zuverlässige Stütze."

Deutschland.

+ **Berlin, 5. Oktober.** [Rückzüge. Aus dem ultramontanen Lager.] Ueber die Lage Deutschlands gegenüber dem Auslande unter dem neuen Zollsystem bringt die Sammlung von Auszügen aus den Handelskammerberichten, welche der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit jüngst publiziert hat, sehr beachtenswerthen Aufschluß. Daß die deutschen Zölle, entgegen der von der Regierung mit so großer Hartnäckigkeit verfolgten Theorie, nicht von den Ausländern, sondern von den deutschen Konsumenten getragen werden, steht den meisten Handelskammern außer Zweifel und wird von ihnen durch Thatsachen nachgewiesen. Aber auch die übrigen, selbst die entschieden schützöllnerischen Kammern bestätigen dies indirekt dadurch, daß sie Rückzüge beim Export solcher Artikel verlangen, zu deren Herstellung ausländische, zollpflichtige Waaren verwendet worden sind. Nichts beweist in der That, wie das der Sammlung beigegebene Wort mit Recht ausführt, die drohende Gefährdung unserer Exportindustrie überzeugender, als die Thatsache, daß freihändlerische wie schützöllnerische Kammern — unter Letzteren insbesondere Danabück und Bochum — dringend die Gewährung von Rückzöllen in ausgedehntem Umfange verlangen. Daß das System der Rückzüge ungekehrt nur in geringem Umfange durchführbar ist, zeigt freilich nicht nur die Erfahrung anderer Länder, speziell Frankreichs, sondern bestätigt auch ausdrücklich die Barmer Handelskammer, die eine besondere Kommission zur Prüfung dieser Frage eingesetzt hatte, und die Klagen unserer Exportindustrie selbst aus den schützöllnerischen Kreisen werden noch viel lauter ertönen, wenn diese unvermeidliche Erkenntnis sich schließlich auch da Bahn bricht, wo man sich jetzt noch an die Hoffnung auf ein heilbringendes System von Rückzöllen anklammert. In jedem Falle liegt in der Forderung von Rückzöllen das Zugeständnis, daß der deutsche Fabrikant für die vom Auslande bezogenen, zollpflichtigen Materialien den Zoll selbst zu tragen hat, und darnach ist zu konstatieren, daß der deutschen Reichsregierung in ihrer Theorie der Besteuerung des Auslandes durch die deutschen Zölle nicht eine einzige Handelskammer zur Seite steht. Zugleich wird dadurch aber ein anderer wichtiger Punkt klargestellt. Das System der Rückzüge hat ausschließlich den Zweck, die einheimische Industrie in den Stand zu setzen, für das Ausland billiger liefern zu können als für das Inland. Eine auf dieser Grundlage basirte Fabrikation steht deshalb im Effekt auf einer Linie mit jener Eisenindustrie, die mit Hilfe von Schutzzöllen und Koalitionen den eigenen Landsleuten hohe Preise abzwängt, um an die Ausländer zu weit niedrigeren Preisen verkaufen zu können. Man hat dem früheren gemäßigten Freihandelsystem vorgeworfen, daß es die ausländische Produktion zu Unrecht begünstige, während es ungekehrt die deutsche Gewerthätigkeit in den Stand setze, Alles, was sie für ihre Fabrikation und die Ernährung ihrer Arbeiter billiger und besser vom Auslande kaufen konnte, möglichst ohne künstliche Vertheuerung durch

Zölle zu beziehen. Ein ausgebildetes System von Rückzöllen, in Verbindung mit dem durch Koalitionen ermöglichten Export zu Schleuderpreisen, würde dagegen in der That auf eine handgreifliche Begünstigung des Auslandes zum Nachtheil des eigenen Landes hinauslaufen, wie sie ungeachtet und unwirtschaftlicher kaum gedacht werden könnte. — Die Spekulationen auf die Mitwirkung des Zentrums bei den ferneren sozial- und wirtschaftspolitischen Projekten des Reichskanzlers erfahren eine Widerlegung, so schlagend wie möglich, in einer Rede, die der Abg. Lieber am vergangenen Sonntag in Frankfurt a. M. gehalten. Energischer können die Pläne des Staatssozialismus, der Ausdehnung der Staatshoheit, der Monopolisirung von Industriezweigen, der Auferlegung neuer indirekter Steuern, kurz, die wesentlichsten Bestandtheile des Reformsystems des Reichskanzlers nicht zurückgewiesen werden, als es Herr Lieber thut. Bei der einflussreichen Stellung dieses Mannes im Zentrum scheinen seine Darlegungen besondere Beachtung zu verdienen, freilich mit derjenigen Reserve, welche dem Zentrum gegenüber stets am Platze ist.

□ **Berlin, 5. Oktober.** Unsere offiziöse „Provinzial-Korrespondenz“ hat heute mit ihren Wahlartikeln kein besonderes Glück. In einem kleinen Artikel greift sie die deutsche Fortschrittspartei in der bekannten oberflächlichen Weise mit allerlei Phrasen um deshalb an, weil sie sich nicht mit der süddeutschen „Deutschen Volkspartei“ indentifizire und nicht den Muth habe, sich demokratisch zu nennen, da doch die Fortschrittler die „alten Demokraten“ seien. Was nun die süddeutsche Volkspartei anlangt, so kann man gleichzeitig lesen, mit welcher Feindseligkeit dieselbe gegen die Fortschrittspartei in einer Reihe von Wahlkreisen, namentlich in dem pfälzischen Wahlkreise Neustadt-Landau vorgeht, selbst auf die Gefahr hin, eine Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Zentrum herbeizuführen. Im Uebrigen ist das, was in jenem Artikel die „Provinzial-Korrespondenz“ bringt, die alte Unwahrheit. Die deutsche Fortschrittspartei entstand 1861 als Kompromisspartei durch eine Einigung der alten preussischen, allzeit gut monarchisch gewesenen parlamentarischen Demokratie von 1848 (Waldeck, Schulze-Delitzsch, v. Arnim, Philipps, Rosch u. s. w.) und ihres Nachwuchses (Virchow, v. Hoyerstedt u. c.) mit dem linken Theile der 1848er Konstitutionellen und ihren Nachfolgern; die alten 1848er Demokraten unter der Fortschrittspartei — leider mehr und mehr im Aussterben begriffen — haben die alte Partei niemals verleugnet. Wie oft hat Waldeck, der große Patriot, im Abgeordnetenhaus und im Reichstage mit flammenden Worten vor lautlosem Hause stolz die alte Demokratie von 1848 zitiert und die Beschuldigungen der Urheber jenes „Bubenstücks“, welches ihn in den Kerker brachte, mit Verachtung zurückgewiesen! — Wenig glücklich ist die „Provinzial-Korrespondenz“ auch in einem Artikel, worin sie es plötzlich für pure Heuchelei erklärt, von der Regierung ein genaues Programm zu verlangen. Nicht mal über Tabaksmonopol und Altersversorgung will sie etwas Bestimmtes bekennen. Ein kostbarer Rückzug! Wo bleibt das Patrimonium der Enterbten, wo bleiben alle die andern positiven Versprechungen, mit denen die Wähler durch die offiziöse, reptilische und konservative Presse seit Monaten gekittet wurden? Laufen die Wahlen unter diesen Floskeln so wenig nach Wunsch, daß plötzlich alle hohen Pläne wieder verschwinden müssen und nur das „hinlänglich bekannte“ — von jeder Partei adoptirbare — „Programm“ übrig bleibt: „Schutz für die Armen und Schwachen,

Gebung der nationalen produktiven Kräfte, namentlich der Industrie und Landwirtschaft“? — Wer diesen und den dritten erwähnenswerthen Aufsatz „Fürst Bismarck als Sozialist“ mit der gestern von Eugen Richter auf Livoli gehaltenen Rede vergleicht, wird erkennen, daß Richter schon im Voraus die Rehrseite des Bildes treffend dargelegt hat: Der sozialistische Kanzler, der die unterdrückte Sozialdemokratie durch seine Projekte stärkt, kündigt immer wieder neue Projekte an: heute Altersversorgung durch Tabaksmonopol, vor sechs Monaten sollten die Schulen aus den neuen Einnahmen versorgt werden, noch sechs Monat früher sollte die Verminderung der direkten Steuern angebahnt werden. „Immer rascher vollzieht sich die Wandlung in den Projekten des Kanzlers, das dauernd Bleibende aber ist der Gedanke der Verstaatlichung, d. h. der sozialistische Gedanke. Wenn heute die „Provinzial-Korrespondenz“ zum Rückzug zu blasen beginnt, — geschieht dies etwa, weil im ganzen Reiche Bürger und Bauern sich widerwillig zeigen gegen diese kostspieligen Verstaatlichungsprojekte, weil sich wiederum herausstellt, daß der Begriff des privaten Sondereigentums viel zu sehr in Fleisch und Blut der deutschen Nation übergegangen ist, als daß eine Herrschaft des Sozialismus möglich wäre?

— Die „Prov.-Korresp.“ schreibt anlässlich des vor wenigen Tagen stattgefundenen Geburtstages Ihrer Majestät der Kaiserin:

Unsere Kaiserin hat am 30. September ihr siebenzigstes Lebensjahr zurückgelegt. Das gesammte deutsche Vaterland nahm an diesem Geburtsfest diesmal doppelten Antheil: mit den aufrichtigsten Wünschen für das fernere Wohlergehen der geliebten Landesmutter vereinigten sich dankerfüllte Gebete für Gottes Gnade, welche die hohe Frau von langen schweren Leiden genesen ließ und zu neuen Kräften führte. Das preussische und deutsche Volk hatte mit inniger Theilnahme den Verlauf der Krankheit, welchen die Kaiserin zu überwinden hatte, verfolgt. Gerade in diesen schweren Tagen zeigte sich, wie sehr die Nation in ihr nicht nur die Lebensgefährtin unseres Kaisers, sondern vor allem die immer bereitete Helferin und Wohlthäterin verehrt, welche an der Spitze der Nation den Frauen Deutschlands in den Werken milderthätiger Liebe und Fürsorge für die Armen und Kranken, für die Hilfsbedürftigen im Frieden, sowie für die Opfer des Krieges mit leuchtendem Beispiel vorangeht. Unsere Kaiserin hat ihren Beruf als erste Frau in Preußen und Deutschland nicht leicht genommen. Die geschichtliche Entwicklung unseres Vaterlandes in den letzten 20 Jahren stellte an die hohe Frau große Aufgaben und machte ihren Beruf zu einem schweren, sorgreichen. Während die Wehrkraft durch Sieges- und Heldenthaten das Land schützte, waltete die Königin-Kaiserin dabei in opfervoller Liebeshätigkeit, um all das Anheil, welches die Kriegsfurie im Gefolge hat, zu lindern und zu mildern. Unter ihrer Führung bildete sich allmählig die große Organisation der vaterländischen Frauen und Jungfrauen, welche als eine Ergänzung zu dem schlagfertigen Heere angesehen werden kann und in ihrer Art diesem ebenbürtig ist: auch im Frieden thätig, wo es gilt, Noth und Elend zu wehren, und für den Krieg bereit, dem Heere Beistand zu leisten und den Opfern des Krieges diejenige liebevolle Hilfe angedeihen zu lassen, welche dieselben sich um das Vaterland verdient gemacht haben. Die Vereinigung unter dem „Nothen Kreuz“ in Deutschland steht als eine ansehnliche Macht der Liebe neben der Seeresmacht. Sie ist das Werk der Kaiserin, wie jene das Werk unseres Kaisers. Unser Kaiser hat ihr schweres Leiden überstanden. Noch aber ist sie nicht wieder im vollen Besitz ihrer Kräfte, um sich ganz ihrem hohen Beruf widmen zu können. Möge Gott die hohe Frau in ihren anhaltenden Schutz nehmen und bald ihren Herzenswunsch erfüllen, wieder thätig sein und schaffen zu können in der friedlichen Uebung der milderthätigen Werke, für welche auch in Zeiten des Friedens so viel Gelegenheit und Veranlassung ist.

An anderer Stelle konstatirt die „Prov.-Korresp.“, daß der Kaiser sich des besten Wohlbefindens erfreut. Auch der Ge-

Makart's „Fünf Sinne“.

Ueber Makart's „Fünf Sinne“ haben wir bereits zum Beginn der Ausstellung eine uns zugesandte Besprechung veröffentlicht, die wir allerdings an solchen Stellen, wo uns das Lob zu überschwänglich und uneingeschränkt erschien, eigenem Urtheile entsprechend modifizierten. Wir erweisen diesem und jenem Leser vielleicht einen Dienst, wenn wir noch folgende kurze Bemerkungen nachschicken.

Das hier ausgestellte Werk Makart's ist eigentlich in eine Wandarchitektur eingefügt zu denken, daher, wie auch bei anderen Gemälden des Meisters, die abnorme Gestalt; hier eine große Höhe bei sehr geringer Breite. Ein erschöpfendes Urtheil läßt sich also über das Kunstwerk, wo es, haar jeder ergänzenden und erklärenden Umgebung, vor unsere Augen tritt, nicht fällen. Wir beschränken uns daher auf folgende, lediglich die Ausführung der einzelnen Figuren betreffende Aeußerungen:

Wie jene von uns bereits abgedruckte Besprechung mit Recht hervorhebt, sind die Fleischtöne bei diesen Makart'schen Gestalten natürlicher als bei seinen meisten anderen nackten Figuren, doch ist eine Betrachtung aus gemessener Entfernung anzurathen, da die Plastik sonst entschieden einbüßt und die Schatten dann wie eine kränliche Hautfärbung erscheinen.

Die Gestalten sind durchaus naturalistisch, ohne jede Idealisirung gehalten, an sich gewiß kein Vorwurf. Die Zeichnung und die einzelne Komposition dagegen ist nicht durchweg frei von den charakteristischen Mängeln Makart's. So hat der durchsichtige dunkle Schleier, welcher um die Füße der ersten Figur, des „Gefühls“, sich windet, gewiß eine gute koloristische Wirkung, aber wie er an jene Stelle gelangen kann, ist ein Räthsel; motivirt ist sein Vorhandensein nicht. Die Haltung der dritten Figur, des „Gefächts“, ist eine unangenehm gezwungene, motivirt wohl nur dadurch, daß keine der Gestalten für sich wirken soll, sondern alle als Ensemble zu nehmen sind.

Die Köpfe sind nicht als aristokratischer Theil, sondern als mit den übrigen Körpertheilen auf einer Stufe stehend, so zu sagen nur als der übliche architektonische Abschluß des menschlichen Leibes behandelt. Nur drei Gesichter sind ganz oder mehr und weniger im Profil sichtbar; davon entbehrt das der zweiten Figur, des „Gehörs“, sowie das en face sichtbare der Mittelfigur, des „Gefächts“, doch zu sehr des geistigen Inhalts, selbst wenn man auf jede Individualisirung Verzicht leistet.

Die Modellirung der ersten, vierten und fünften Figur (von links nach rechts gerechnet), also der Repräsentantinnen

des „Gefühls“, „Geruchs“ und „Geschmacks“ ist durchaus meisterhaft.

Ein besonderes Interesse gewinnt die Ausstellung noch dadurch, daß sie zugleich eine aus ziemlich großen photographischen Wiedergaben zusammengesetzte Makart-Gallerie, eine Ausstellung seiner sämtlichen bedeutenden Werke, sowie eine farbige Darstellung des von ihm arrangierten berühmten wiener Festzuges bietet.

Das hiesige Publikum, welchem derartige Kunstgenüsse so selten geboten werden, wird diese Gelegenheit hoffentlich eifrig benützen; es ist dies schon darum zu wünschen, weil dadurch zu weiteren derartigen Ausstellungen Muth gemacht würde.

Kirchen-Konzert.

Am Dienstag fand in der evangelischen Kreuzkirche das von Herrn Kantor Merk zum Besten des hiesigen Pestalozzi-Vereins veranstaltete Konzert statt, dem außer dem Konzertgeber selber der königliche Seminar-Musiklehrer Herr G. Merk, der Cellist Herr Leon Schulz und andere kunstbesessene Persönlichkeiten sowie Vereinigungen ihre freundliche Mitwirkung angedeihen ließen.

Das sehr reichhaltig zusammengestellte, nicht weniger denn 14 Nummern umfassende Programm trug natürlich den Stempel seiner Stätte und bot eine reiche Auswahl aus der ersten musikalischen Literatur. In erster Linie darf wohl der Orgel gedacht werden, deren bekannter Wohlklang unter Herrn Merk's Händen aufs Neue allseitig hervortrat, am umfassendsten und auch für den Spieler rühmlichsten in den „Variationen“ von A. Hesse und in einem Präludium und Fuge von Bach. Aber auch als begleitendes Instrument war gestern der Orgel ein wesentlicher Antheil zugefallen und hier muß der geschickten Registrierung namentlich lobend gedacht werden, so in der Air aus einem Violinkonzert von Goldmark, so in einem „Andante religioso“ von Goltzmann und „Andacht“ von G. Merkel, wo auch Herr Leon Schulz aufs Neue erwies, welcher reife Künstlerkraft gerade auf dem Gebiete des Getragenen und Pathetischen ihm schon zu eigen ist, sehr stimungsvoll wirkte auch ein „Adagio religioso“ für Cornet à piston und Orgel von L. Schubert. Schöne Belege violinistischer Tüchtigkeit lieferten das schon angeführte Konzert von Goldmark und ein „Largo“ von Händel. In dem wechselreichen Programm war natürlich auch dem Gesange sein Recht gewahrt worden;

zwei Arien von Mendelssohn („Sei stille dem Herrn“) für Alt aus „Elias“ und die Tenor-Arie aus Paulus („Sei getreu bis in den Tod“) sprachen durch ihren innigen Vortrag an.

Aber auch der vollen Chorbewirkung und instrumentaler Vielseitigkeit war die Mitwirkung vorbehalten. Ein Männerchor sang unter Herrn G. Merk's Leitung Bach's Chora „Wie groß ist des Allmächtigen Güte“ und einen „Hymnus“ von Thoma; ferner einen „Hymnus“ von Jadasohn und Beethoven's „Die Himmel rühmen“, letztere Beide mit Begleitung eines Bläserchores.

Man sieht, mit welcher reichen polyphonen Mitteln ein Konzert geplant und durchgeführt wurde, welches vollkommen dazu angethan war, eine leider immer noch zu wenig gepflegte Kunst in weiteren Kreisen populär zu machen. Der zahlreiche Besuch des Konzertes und der wohl mehr als vorübergehende Eindruck, den es hinterlassen, läßt erhoffen, daß auch künftige ebenso edlen als selbstlosen und die wahre Kunst fördernden Unternehmungen wie diese die volle öffentliche Anerkennung niemals verjagt werden wird.

Zur Australien-Literatur.

Von Leopold Katscher.

(Schluß.)

II. Buschleben in Queensland.

A. C. Grant: „Bush Life in Queensland; or, John West's Colonial Experiences.“ Zwei Bände, London, William Blackwood u. Sons.

Hat sich Labilliere mit der australischen Kolonie Victoria beschäftigt, so ist der Gegenstand von Grant's Buch die australische Kolonie Queensland. „Bush“ bedeutet eigentlich „Busch, Dicksicht“, in weiterem Sinne aber und mit spezieller Anwendung auf schwach bevölkerte Landstriche versteht man darunter stadt- und dorfslose Gegenden, und unter „Buschleben“ das Betreiben des landwirtschaftlichen Berufes in solchen, zur großen Theile noch jungfräulichen Gegenden. Das Leben der australischen Squatters bietet viel Anziehendes, für den Lesenden nicht minder als für die Betheiligten selbst, und das vorliegende Buch giebt uns eine ungemein amüsante und belehrende Schilderung des Buschlebens in Queensland. Dieselbe bewegt sich an Faden einer Erzählung fort: „Sahm West's Ansiedlungserfahrungen“, und wir errathen aus dem ganzen Wesen der Schreibart, daß der Verfasser seine eigene Geschichte erzählt und nur Selbstgehehnes beschreibt. Greifen wir Einiges heraus.

fundheitszustand der Kaiserin hat ersichtlich günstige Fortschritte gemacht.

— Aus Baden-Baden, 5. Oktober, wird telegraphisch gemeldet: Trotz des kalten, regnerischen Wetters beehrte Se. Majestät der Kaiser mit der Großherzogin und dem Großherzog von Baden das heute bei Pforzheim stattgehabte Armeekennen mit seiner Gegenwart. Den Kaiserpreis gewann Lieutenant Freiherr v. Schumb mit seinem „Rebgeret“.

— Ueber die Reform des Hilfskassengesetzes hat der sächsische Landtagsabgeordnete Herr C. Roth aus Dresden in einer Rede als liberaler Reichstagskandidat in Chemnitz interessante Aufschlüsse gegeben. Nachdem Herr Roth darauf hingewiesen, daß nach den von ihm angestellten statistischen Berechnungen eine Karenzzeit von vier Wochen, wie solche im Unfallversicherungsgesetz vorgeschlagen ist, nicht mehr und nicht weniger als 75 Prozent aller Unfälle einschließt und daß selbst bei einer nur zwei Wochen dauernden Karenzzeit noch 49 Prozent den Krankenkassen anheimfallen würden, sagte er nach dem Bericht der „Chemnitzer Zeitung“:

„Nun frage ich, meine Herren, welche von den vielen Krankenkassen in Deutschland im Stande sein wird, die Vertretung der Unfälle von 2 bis 4 Wochen zu übernehmen? Keine einzige, behaupte ich, denn unsere deutschen Kassen sind, so viel ich mich darum bekümmert habe, im Wesentlichen Kranken- und Beerdigungskassen. Diese haben aber ihre Beiträge und ihre Auszahlungen in keiner Weise auf etwas Anderes einrichten können und einzurichten verstanden, als was nicht über Kranken- und Beerdigungskosten hinaus geht. Die Sache würde die sein: wenn ein Reichstag beschloße, eine solche Reform des Hilfskassengesetzes durchzuführen, so würde das die Art an die Wurzel der heute bestehenden Kranken- und Beerdigungskassen legen. In Preußen waren im Jahre 1874 volle 5000 Kranken- und Beerdigungskassen, die über 800,000 Mitglieder zählten und eine Jahresausgabe von 6 Millionen Mark hatten. Im Jahre 1868 hatte das Königreich Sachsen bereits 845 Kassen mit 89,000 Mitgliedern und mit einer Jahresausgabe von 464,000 Mark. Chemnitz allein hatte nach dem statistischen Bericht der vergangenen Jahre 50—60 Krankenkassen. Dazu kommen weit über 530 Ortsvereine der so wohlthätig wirkenden und vollständig unabhängig dastehenden Gewerkschaften, die im Minimum 25,000 Mitglieder haben. Nun, meine Herren, wenn diese Selbsthilfe, wenn das eigentliche Interesse an der thätigen Mitwirkung, wenn solche für vollständig andere Zwecke bestehende Kassen unter uns florieren, dann meine ich, kann doch keine Rede davon sein, daß man von Regierungswegen versuchen kann, das eine mit dem andern zu verquiden, bloß um eine Form für die Unfallversicherung zu finden, die nicht zu belastend für die Industrie ist.“

Wie durchschlagend diese letztere Rücksicht ist, ergibt sich daraus, daß die konservativen Kompromißvorschläge, welche bei der dritten Berathung des Unfallversicherungsgesetzes eingebracht worden sind, mit dem Vorschlage, die ganze Prämienlast den Arbeitgeberern aufzulegen, den anderen Verbänden die in der zweiten Lesung auf zwei Wochen beschränkte Karenzzeit auf vier Wochen zu verlängern, d. h. die Last, welche ausschließlich von den Unternehmern getragen werden soll, erheblich zu erleichtern.

— Den „B. P. N.“ zufolge dürfte die Frage des Ankaufs der Bergisch-Märkischen Eisenbahn durch den Staat in kurzer Zeit abermals auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gelangen. Wie die genannte Korrespondenz hört, findet unter den direkten Interessenten eine Bewegung statt, welche darauf abzielt, eine Wiedereröffnung der Verhandlungen mit der Staatsregierung herbeizuführen. Inwiefern die Bewegung in Fühlung mit der Regierung sich befindet, ist der zitierten Quelle aber nicht bekannt. — Wie das nämliche Organ meldet, ist man in hiesigen Kreisen der Ueberzeugung, daß die Regierungsofferte in Sachen der Thüringischen Eisenbahn

nen von den Aktionären angenommen und der Verkauf der Bahn an den preussischen Staat noch vor Zusammentritt des Landtags perfekt bis auf die Zustimmung des Letzteren sein wird. Was die Entschädigungs- resp. Garantieforderung betrifft, so seien die Verhandlungen in vollem Gange. In Bezug auf Gotha soll bereits eine Verständigung erzielt sein, bei Weimar und Meiningen nehmen die Verhandlungen einen Gang, welcher gleichfalls zur Hoffnung auf befriedigende Resultate berechtigt.

— Wie der Augsb. „Allg. Ztg.“ gemeldet wird, beabsichtigt die Reichsregierung die Einbringung eines Strafvollzugsgesetzes, doch seien nähere Entschlüsse über Form und Umfang des Gesetzes vorbehalten. Bekanntlich schwebt diese Angelegenheit schon seit Jahren, und ist immer gescheitert an den Kosten, die eine damit verbundene Reorganisation des Gefängniswesens verursacht. Wir glauben nicht, daß eine solche Vorlage dem Reichstage jetzt schon zugehen werde.

— In der Angelegenheit des Anschlusses der Unterelbe an das deutsche Zollgebiet melden die offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“, daß die betreffenden Arbeiten in vollem Gange sind und das gesammte notwendige Material an Dampfschiffen fertig und bereit gestellt ist. Der Anschluß war nicht für diesen 1. Oktober, sondern für den 1. Januar 1882 in Aussicht genommen, und unterliege es keinem Zweifel, daß die Arbeiten zur Durchführung des Anschlusses pünktlich fertiggestellt sein werden. Die hier und da verbreitete Meinung, daß in Altona ein Freihafen etabliert werden solle, verweisen die „B. P. N.“ in das Gebiet der Phantasie: man würde in Altona sehr zu frieden sein können, wenn daselbst ein großer Zollvereinshafen hergestellt würde. Das mag wohl die offiziöse Auffassung sein; man wird den Altonaern aber wohl auch ein Urtheil darüber gestatten müssen, ob ihre Stadt unter der Beseitigung der jetzigen Freihafenstellung leiden wird.

— Die Rede des Grafen Moltke in Kiel, deren Verbreitung der offiziöse Telegraph sich angelegen sein ließ, zeigt ihre Pointe in absichtsvoller Deutlichkeit. Indem der Feldmarschall die Wechselwirkung von Heer und Marine und die Nothwendigkeit betont, „sichere Nester“ für die letztere zu bauen, wird dem Reichstag schon jetzt ein Avis gegeben, daß er sich gegenüber der Kreditforderung für die Befestigung Kiels wohlwollend verhalten möge. Es ist freilich ein hartes Muß, vor welches die deutsche Volksvertretung da gestellt wird, und die 30 Millionen, die für die Befestigung des Ostseehafens in Anspruch gebracht sind, legen in die Steuerreformprojekte breitere Breche, als es der Widerstand dieser oder jener Partei zu thun vermöchte. Dennoch wird sich der Reichstag kaum der Nothwendigkeit der Zustimmung entziehen können. Die Pläne für die detachirten Forts bei Kiel sind übrigens noch weit von ihrer Fertigstellung entfernt, und es ist deshalb nicht richtig, wenn hier und da schon für die nächste Session eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt würde. Die Frage wird kaum vor dem Frühjahr spruchreif sein, um so weniger, als sie, wie nicht zu bezweifeln ist, in Verbindung mit dem Nordostseefanal-Projekt gesetzt werden soll.

— Eine Mittheilung, wonach die sächsische Regierung auf ihren Antrag auf Wiedereinführung von Arbeitsbüchern gänzlich verzichtet hätte, denselben im Bundesrathe nicht wieder einbringen würde, wird in den der sächsischen Regierung nahestehenden Blättern als irrig bezeichnet. Die sächsische Regierung hält ihren Antrag vielmehr aufrecht, will ihn jedoch

erst im Zusammenhange mit einer andern Novelle zur Gewerbeordnung zur Verhandlung gebracht wissen.

— Der Abg. Eugen Richter hat sich vorgestern Abend in Berlin in einer unter ganz außerordentlichem Andrang abgehaltenen liberalen Wählerversammlung (im Saale des Tivoli), in welcher außer ihm noch Dr. Lasker sprach, über die mehr und mehr sich geltend machenden Verstaatlichungs-Bestrebungen geäußert wie folgt:

„Verstaatlichung ist jetzt mehr wie je das Stichwort der inneren Politik geworden und „Verstaatlichung des Getreidehandels“ ist ein immer lauter werdender frommer Wunsch. In der Geschichte haben wir ja allerdings ein Beispiel, wo die Verstaatlichung des Getreidehandels mit Glück durchgeführt wurde, das war zur Zeit Pharao's, als dieser Joseph zum Kanzler hatte. (Heiterkeit.) Jene Verstaatlichung beruhte doch wesentlich darauf, daß Pharao einen glücklichen Traum hatte und die Konjunkturen in seinem Traume vorausah. (Stürmische Heiterkeit), und daß er in Joseph einen Mann fand, der die Träume richtig deuten konnte. (Große Heiterkeit.) Wenn wir die Gewähr hätten, daß der Kanzler immer richtig träumt und die Geh. Räte die Träume richtig deuten und die Konjunkturen voraussehen können, dann wäre die Verstaatlichung auf allen Gebieten zu empfehlen. Die Zeit der Wunder ist vorüber und die Wirtl. Geh. Ober-Regierungs-Räte verheben manchmal die Sachen auch nicht besser, als ein einfacher Privatmann. (Heiterkeit.) Zu einer Verstaatlichung der Produktion würde nach der Logik aber auch eine Verstaatlichung der Konsumtion gehören, eine Verstaatlichung der Küche ist die letzte Konsequenz und jener holsteinische Bauer gab ganz richtig seiner Meinung gegen die Verstaatlichung dahin Ausdruck: „Ut enen Pott tääten dat mögt id nich!“ (Heiterkeit.) Damit wären wir dann zu Nothigen Prinzipien angekommen. Ja, die Sozialisten sind heute nicht mehr so „thörichte“ Menschen und die Flugblätter versprechen sogar den Sozialisten, daß ihnen geholfen werde, wenn sie Herrn Wagner wählen. Die Sozialisten denken aber gar nicht daran, sich dadurch fördern zu lassen, denn sie denken: Wenn schon Sozialismus, dann lieber einen ordentlichen Sozialisten als einen Kathedersozialisten. (Beifall.) Die Nachrichten, die überall herkommen, zeigen, daß die Sozialdemokratie in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen hat unter dem Eindruck der Ranslerprojekte und der Reden der Konservativen.“

— In Köln fand am 3. Oktober eine Wählerversammlung des Landtags-Wahlkreises Köln (Land) = Bergheim-Guskirchen statt, um über das Verhalten des Landtagsabgeordneten dieses Kreises Herrn Cremer zu berathen und Beschluß zu fassen. Es handelt sich um dessen Agitation in konservativen Versammlungen zu Berlin und um seine Aufstellung als Kandidat für die Reichstagswahlen in einem berliner Wahlkreise. Das Wahlkomite der Zentrumsparthei des Wahlkreises Köln (Land) = Bergheim-Guskirchen hatte bekanntlich am 18. August d. J. beschlossen, Herrn Cremer mitzutheilen, es habe die Ueberzeugung gewonnen, daß er nicht mehr das Vertrauen seiner Wähler besitze, und denselben zu ersuchen, sein Mandat als Landtagsabgeordneter bis zum 30. September d. J. niederzulegen, widrigenfalls das Komite weitere Schritte in der Angelegenheit thun werde. Cremer ist nun diesem Ersuchen nicht nachgekommen. Das Wahlkomite hielt es deshalb an der Zeit, eine Wählerversammlung einzuberufen, um sich über das Verhalten des Herrn Cremer auszusprechen. Nach kurzer Diskussion faßte die Versammlung einstimmig den Beschluß, daß sie sich mit dem Vorgehen des Wahlkomites gegen das Verhalten des Abgeordneten Cremer einverstanden erkläre und daß dies demselben in geeigneter Weise mitgetheilt werden solle.

— Offiziös wird geschrieben: Im Ministerium des Innern ist neuerdings in Folge der vielfachen in demselben vorgegangenen Veränderungen eine neue Geschäftsvertheilung eingetreten. Außer dem Minister sind nämlich die beiden Direktoren der politischen und der administrativen Abtheilung neu ernannt, nämlich der

Zur Zeit, da John West in Australien landet, ist er siebenzehn Jahre alt. Er ist in der Absicht gekommen, auf einer seinem Vormund, Herrn Cosgrove, gehörigen Farm die Viehzucht zu erlernen. Er bringt einen Brief an den Gutsverwalter von Cambaranga — so heißt die Farm — Herrn Duff, mit, sowie einen Kreditbrief auf die fidneyer Bankiers seines Vormunds. Dieser hat verprochen, West's Vermögen derart zu verwalten, daß es ihm möglichst gut komme, wenn er das Geschäft einmal erlernt haben werde. Unser Geld hat in der ganzen Kolonie keine Bekannten und beeilt sich daher, sofort nach seiner Landung nach seinem Bestimmungsort aufzubrechen. Die neuartigen Szenen und Erfahrungen, die auf jeden Ankömmling einen mächtigen Eindruck machen, schildert Grant, wie nur Jemand, der Alles selbst durchgemacht, sie schildern kann. Raum angekommen, wird West als Verwalter der Lebensmittelvorräthe beschäftigt. Da gerade Wollschur ist, muß er angestrengt arbeiten. Er steht sehr früh auf, um den Arbeitern Vorräthe zu verkaufen und die für die verschiedenen Schafzuchtstationen bestimmten Nationen abzuwiegen und auszutheilen. Nach dem Frühstück begibt er sich an den Waschteich, wo er, mit den übrigen Männern im Wasser stehend, bis zum Abend Wolle waschen hilft. Sodann bringt er, ehe er sich zu kurzer Ruhe niederlegen darf, noch einige Stunden im Magazin mit dem Verkauf von Viktualien zu. Nach Ablauf der Wollschursaison sind seine Pflichten minder beschwerlich und viel angenehmer. Die Hauptfache ist die Aufsichtigung des Markirens der Füllen, des Zureitens der jungen Pferde und des Einfangens der in den entlegenen Theilen der Farm umherstreifenden wilden Rasse. Er wird dabei von zwei berufsmäßigen Zureitern unterstützt, welche Leistungen zu Stande bringen, die selbst für den eifrigsten Liebhaber waghalsiger Unternehmungen nichts an Gewagtheit und Aufregungsfähigkeit zu wünschen übrig lassen würden.

West macht die Bekanntschaft des Mr. Fitzgerald, eines hübschen, offenen, mannhaften und tapferen jungen Mannes, der als Reiter und Buschmann exzellirt und geradezu das Ideal eines Squatters ist. Durch ihn lernt er auch die drei deutsche Meilen von Cambaranga entfernt wohnende Farmerfamilie Gray kennen, bei der er einige Tage sehr angenehm zubringt, um so angenehmer, als bessere Damengesellschaft in jener Gegend sehr selten zu finden ist. Sodann begleitet er den unverheiratheten Fitzgerald nach dessen Besitzung Ungahrun, wo er ihm hilft, jette Ochsen für den Fleischer auszuwählen und wildes Rindvieh

einzufangen. Nach Cambaranga zurückgekehrt, wird er von dem nach längerer Abwesenheit wieder eingetroffenen Gutsverwalter wegen seines ohne eingeholte Erlaubniß gemachten Ausfluges ausgezankt und zur Strafe zu anstrengender Arbeit in den entfernteren Schafzuchtstationen angehalten; auch erhält er keine Bezahlung, da Herr Duff die Gelegenheit, das Buschleben kennen zu lernen, als eine genügende Entschädigung für die Leistungen des Neulings betrachtet. Eines Tages, an dem West den Morgen und den Vormittag im Sattel zugebracht hat, ersucht ihn der Verwalter, auf einer entlegeneren Station die Schafe zu zählen und noch an demselben Abend zurück zu sein, da er am nächsten Tage frühzeitig zu thun haben werde. Er fügt sich und macht sich bald auf den Rückweg; allein er wird von einem gewaltigen Regenguß überrascht. Dabei ist es so finster, daß nicht nur er, sondern sogar das Pferd den Weg verlor; alle Bemühungen, aus dem Wald herauszukommen, sind vergebens. Nachdem West wiederholt in Lebensgefahr gerathen, muß er sich trotz seines Pflichteifers entschließen, auf dem tüchtig durchweichten Forstgrund Raß zu halten und den Tagesanbruch abzuwarten. Sodann erneuert er seine Anstrengungen, sich einen Pfad zu bahnen, aber er findet zu seinem Verdruß, daß er immer im Kreis herumgeht. Es wird ihm klar, daß er sich „im Busch (Dickicht) verirrt“ hat. Dabei ist er fürchterlich hungrig. Es muß schon Nachmittag sein und die Schafe fängt an, abenteuerlich zu werden, und Grant entwirft folgende Skizze von dem, was sich nun ereignete:

„Aus der Ferne traf der Ruf „Chop, chop!“ West's Ohr. Er lauscht gierig, hört aber einige Minuten lang nichts und glaubt daher, daß er sich geirrt. Da ertönt es von Neuem: „Chop, chop!“ Er bleibt sofort stehen, spitzt die Ohren und erblickt einen Eingeborenen. Jetzt weiß er, daß er bald den richtigen Weg erfahren wird. Den „Chop, chop“ folgend, reitet er weiter, bis er sich einem schwarzen Burschen vom Stamme der Cambaranga gegenüber befindet; er erkennt in ihm einen Mann, der den Namen „Stedindred“ führt. Dieser fragt in dem komischen Kauderwelsch, das die Eingeborenen statt des Englischen sprechen (eine Art „Pidgin-Englisch“):

„Woher kommen Mißa West?“
„Ich habe den Weg verfehlt“, entgegnete der Engländer in demselben Dialekt.
„Tut, tut, tut“, antwortete der Schwarze, mitleidig das Haupt schüttelnd.
„Cambaranga nahe?“

„Nicht gut Weg.“
Dieselbe Auskunft wird hinsichtlich der Entfernung des Hauses des Aufsehers erteilt. Von Betyammo wird gesagt, sei „kleines Stück gut Weg“ entfernt und der Wilde verpfeht West zu einem dahin führenden Pfad zu geleiten. John Cosgrove einer Ohnmacht nahe, bittet seinen schwarzen Freund, ihm ein wenig von dem wilden Honig zu verschaffen, von dem das Dickicht voll ist. Stedindred erwidert aber:

„Wasser zu großer Gefelle, Fliege (statt Biene) nicht herkommen, finden Sie nicht. Sie essen Potshum (Opoffum)?“
„Ja“, sagt John, obgleich er sehr bezweifelt, daß sein Magen das seltsame Fleisch vertragen wird.“

„Gut denn, ich mich umsehen.“ Der Schwarze geht von Baum zu Baum, die Rinde eines jeden aufmerksam betrachtend. Nach der Befichtigung eines großen Gummibaumes bemerkt er kurz: „Potshum niederlegen.“ Er schließt dies aus der Beschaffenheit der Kratzspuren an der Rinde. Der Baum ist riesenhaft, seine Rinde glatt, wie Glas. Der Eingeborene macht in die Rinde einen Einschnitt, umklammert mit den Armen einen möglichst großen Theil des Stammes und steigt mit den Beinen auf den Einschnitt; er macht jetzt einen zweiten Einschnitt und so schreitet er — den Körper flach an den Baum haltend und einer auf einer Fensterscheibe umherspazierenden Fliege ähnlich — vorwärts, bis er, etwa vierzig Fuß über dem Boden, den ersten Zweig erreicht. Eine geschickte Wendung brachte ihn auf diesen, und nun klettert er in dem Astwerk umher, wie der behendeste Affe. Endlich entscheidet er sich für einen durchlöcheren Zweig, in den er einige Steine, die er mit hinaufgenommen, wirft, das Hinabrollen derselben sorgsam belauschend. Da alle von einem und demselben Hinderniß aufgehalten werden, ist er seiner Sache sicher, macht mit seinem Tomahawk die Höhle größer, steckt eine Hand hinein und zieht ein großes Opoffum heraus, das glänzend blinzelt. Er tödtet es durch einige Schläge gegen den Baum, wirft es hinunter, tritt den Rückweg an und bezeugt durch ein Grinsen, das seinen Mund von Ohr zu Ohr ausdehnt, seine Freude ob der Lobspüche, die der Weiße über seine Geschicklichkeit äußert.

Da kein Schwarzer ohne Rienspan ausgeht, flackerte alsbald ein lustiges Feuer, an dem das Beutethier brät. Der angenehme Duft, den dieses verbreitete, reizte den Appetit Stedindred's, obgleich dieser erst kurz vorher eine gewaltige Mahlzeit eingenommen hatte, und John hatte Mühe, ihn zu überreden, nicht das halbgare Thier zu ergreifen und ein Stück

Unterstaatssekretär von Schlieckmann, welcher zugleich die Vertretung des Ministers führt, und der Ministerialdirektor Herrfurth. Als Räte fungieren der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath v. Rehler, die Geheimen Ober-Regierungsräthe Dr. Gahn, Wohlers, v. Lebbin, Dr. Forch, Illing und v. Brauchitsch und die Geheimen Regierungsräthe Gaafe, Studt, von den Brinken, Köll. Diesen ist mit dem 1. Oktober noch der Geheime Regierungsrath v. Zastrow, welcher zuletzt im Kultusministerium thätig war, wieder beigetreten. Außerdem fungieren im Ministerium der Geheime Ober-Regierungsrath Garder für die Damenstiftschaften und die Hilfsarbeiter Geheimer Regierungsrath Dr. Heyer und der Landrath Freiherr von der Neck.

Offiziös wird ferner geschrieben: Nach einer Mittheilung der königlichen Inspektion der Jäger und Schützen sind in neuerer Zeit von den königlichen Regierungen und Oberförstern so zahlreiche Anträge auf Verlängerung des den im 4. Dienstjahre stehenden Jägern der Klasse A. während der Winter- und bezw. Frühjahrsmonate ertheilten Forsturlaubs eingegangen, daß sich die genannte Behörde außer Stande gesehen hat, sämtlichen Anträgen zu entsprechen. Die kgl. Inspektion der Jäger und Schützen hat sich in dankenswerther Weise bereit erklärt, auch fernerhin nach Möglichkeit allen berechtigten desfallsigen Wünschen der Forstverwaltung Rechnung tragen zu wollen und in anerkannt dringenden Fällen Jäger der Klasse A, welche bereits ein halbes Jahr zum Forsturlaub gelangt waren, oder solche, welche in vereinzelten Fällen zu diesem Urlaub bis dahin noch nicht herangezogen wurden, auch während der militärischen Ausbildungsperiode weiterhin zu beurlauben. Selbstverständlich muß aber die Verlängerung bezw. Ertheilung eines solchen dem militärischen Interesse entgegenstehenden Urlaubs auf diejenigen besonderen Ausnahmefälle beschränkt bleiben, in denen ein unabwiesbares Bedürfnis auf Ergänzung der Forstschußkräfte in einem bestimmten Reviertheile vorliegt und die Forstverwaltung außer Stande ist, diese Ergänzung in anderer Weise zu bewerkstelligen, wie z. B. durch Heranziehung und anderweite Vertheilung der für den betreffenden Bezirk angemeldeten Reservejäger oder durch Zulassung geeigneter Waldarbeiter. Die königlichen Regierungen sind daher vom landwirtschaftlichen Minister angewiesen worden, vorkommende Gesichtspunkte in Zukunft gehörig ins Auge zu fassen und nur in wirklich dringlichen Fällen entsprechend motivirte Anträge auf längere Befassung der Dispositions-Urlauber im Forstdienst an die königliche Inspektion der Jäger und Schützen gelangen zu lassen.

Nach der vom kaiserlichen statistischen Amt herausgegebenen Statistik ist die Zahl der wegen Tabaksteuer-Defraudation angehängten Prozesse von 2150 im Jahre 1879/80 auf 15,914 im Jahre 1880/81 gestiegen. Man versucht diese erschreckende Steigerung durch Unbekanntheit mit dem neuen Steuergeetze zu entschuldigen, was doch aber beim Tabak schwerlich zutreffen dürfte. Unter allen Umständen wird eine sehr beträchtliche Steigerung der Prozesse nicht wegzutreten sein.

In einer Verfügung vom 27. v. M. nimmt der Minister der öffentlichen Arbeiten Veranlassung, allgemein die mißbräuchliche Anwendung der Dampfpeife der Lokomotiven sowohl bei dem Rangieren der Züge auf den innerhalb der Ortschaften belegenen Bahnhöfen, als auch bei der Abfahrt der Züge aufs Neue zu untersagen. „Es ist strenge darauf zu halten, daß Belästigungen des Publikums durch unnötiges resp. zu lautes oder zu lautes Pfeifen thörichtlich vermieden werden.“ Bei zur Beförderung langer Güterzüge dienenden Lokomotiven wird zwar eine gewisse Intensität im Tone der Dampfpeife nicht wohl zu vermeiden sein, „bei den Personenzug- und Rangier-Lokomotiven trifft aber diese Erwägung nicht in gleichem Maße zu; die Dampfpeifen der letzteren werden deshalb in ihrer Größe wie in der Intensität ihres Tons erheblich reducirt werden können, was bei Neubeschaffungen und Erneuerungen nicht außer Acht zu lassen ist.“

Frankreich.

Paris, 4. Oktober. [Senatorenwahlen.] Die „Korrespondence Havas“ überraschte ihre Leser gestern mit folgender Nachricht:

„Die Senatorenwahlen sollen nicht erst im nächsten Januar, sondern schon am 18. oder 25. Dezember vorgenommen werden. Die letzten Wahlen zur Ergänzung eines Drittels der nicht auf Lebenszeit er-

herauszubringen. Der Bursche war über diese den Sitten seines Stammes gänzlich zuwiderlaufende Abwehrgang sehr erstaunt, fügte sich aber und begnügte sich damit, die Eingeweide des Opoffums auf einen Augenblick ins Feuer zu werfen, sie, kaum wärmt, wieder herauszunehmen und zum Entsetzen seines Gastes zu verschlingen. Nach Beendigung dieser Operation bot sein Gesicht einen so abschließlichen Anblick dar, daß der Engländer das einer schwarzen Ratte ähnelnde, in der Haut bratende, langgeschweifte Thier nicht berührt hätte, wäre sein Hunger nicht unerträglich gewesen. Da er ein wenig zögerte, glaubte Steckindred, sein weißer Schlingling sei der Tranchirkunst nicht mächtig, und er streckte daher nochmals die nassen und sehr stark riechenden Finger nach dem Braten aus; da gelang es John, diesen rechtzeitig zu ergreifen; nachdem er ihn zerschnitten, reichte er dem Wilden die Hälfte hin. Die andere Hälfte verzehrend, findet er sie recht schmackhaft — er hätte sogar noch mehr gegessen, wenn ihm mehr zur Verfügung gestanden wäre. Steckindred beobachtete ihn während der Mahlzeit und bemerkte, wie argwöhnisch die ersten Bissen verschluckt wurden; als er dann sah, daß John das Ganze verspeiste, brach er in ein brüllendes Gelächter aus und sagte:

„Sehr Pottschum gut sein, nicht Scherz! Schwarzer Bursche viel gegessen, mein Wort!“

Die Beiden machten sich jetzt auf den Weg nach Bethammo. Mit wunderbarem Instinkt fand der Eingeborene den richtigen Pfad durch's Dicht. Die ganze Gegend war ein flacher Wald, der keinen Wegweiser in der Gestalt eines Flusses oder Berges aufweisen konnte. Meile um Meile durchschritt sie den schier endlosen Buchsbaumforst. Obgleich die Wolken schwarz am Firmament hingen, wandelte das Kind des Waldes zuverlässig den Weg, der ihm unbewußt der richtige dünkte. Stellenweise blieb Steckindred stehen, um zu sehen, ob ein Känguruh in seinem Nest sei oder nicht. Einem Baum versetzte er mit seinem Tomahawk mehrere Schläge, worauf er aus dem Stamm eine Riesengrille hervorholte, die er mit großem Behagen verschlang, nachdem er sie vorher höflich seinem Begleiter angeboten und über dessen Ekel herzlich gelacht hatte. Endlich gelangten sie zu einem Steg, von dem der Cambaranga-Mann sagte, er führe nach Bethammo (in seinen Worten: „Dieser eine Räuberkarren geht auf Bethammo“). Er fügte hinzu, er sei ein „Postmann schwarzer Bursche“, d. h. er reise mit der Post eines Stammes zu einem anderen Stamm und seine Zeit erlaube ihm nicht, unseren Freund weiter zu begleiten. Dieser gab ihm zur

nannten Senatoren fanden am 5. Januar 1879 statt, also am ersten Sonntage im Januar; sollte der erste Sonntag des Jahres als Regel gelten, so müßte 1882 der 8. Januar als Wahltermin gelten; die Eröffnung der Session von 1882 wird aber am 10. erfolgen und die Regierung zieht es laut der offiziellen Mittheilung vor, die Wahlen schon früher vornehmen zu lassen.“ Das jetzige Kabinet wird danach noch die Vorbereitung dieser Wahlen anzuordnen haben. Die „Union republicaine“ erklärte gestern, Gambetta werde sich nicht dazu hergeben, das letzte Schiff des Kabinetts Ferry auszubessern; er werde nur mit einem neuen Schiffe in See gehen, für die Rolle eines Retters danke er. Zugleich erklärte sich dieses Blatt gestern wieder für die Trennung des Staates von der Kirche, da jetzt sich nicht leicht jemand finden werde, der das Kultusministerium übernehmen möchte, um den Gallikanismus herzustellen. Der Gallikanismus gilt also nicht bloß im ultramontanen, sondern auch im gambettistischen Lager für einen überwundenen Standpunkt!

Großbritannien und Irland.

London, 4. Oktober. [Ueber eine plötzliche Aenderung in der Politik Parnells] schreibt der Londoner Korrespondent der „N. fr. Pr.“:

Nach der unersöhnlichen Rede Parnells in Dublin am Sonntag, den 25. v. M., mußte seine Rede in Maryborough vom 29. v. M. große Ueberraschung hervorrufen. Während er vorher erklärt hatte, die Landbill sei absolut werthlos, schlug er in Maryborough einen ganz anderen Ton an. Er rieth nämlich einer gewissen Klasse von Pächtern, von dem Schiedsgerichte der Landbill Gebrauch zu machen, und gab sogar die detaillirtesten Anweisungen, wie und von wem das neue Gericht in Anspruch genommen werden soll. Nicht diejenigen Pächter, welche allzuheftig geschunden werden und die einen exorbitanten Pachtzins zahlen, sollen von den Wohlthaten der Landbill Gebrauch machen, sondern diejenigen, welche einen angemessenen Pachtzins zahlen. Diese letzteren sollen von dem Schiedsgerichte eine Herabsetzung ihres Pachtzins verlangen. Natürlich ist dabei eine Perfidie im Spiele, denn diesem Wunsche wird das Gericht nicht nachkommen können und dadurch soll die neue Einrichtung überhaupt diskreditirt werden. Parnells wahre Devise bleibt eben nach wie vor: Ausschließliche Herrschaft der Landliga, so weit die Priester dies gestatten, unter seiner Diktatur, Abschaffung des Grundeigenthums in seiner jetzigen Gestalt in Irland und ein eigenes irisches Parlament in Dublin.

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Oktbr. [Die Kaiserzusammenkunft in Warschau] soll nun doch auf die danziger Entrevue folgen. „Zar Alexander wird, nachdem er an der Weichselmündung seinen erlauchten Großvater begrüßt, demnächst im stillen Gartenschloß des Lazienki-Parkes den Herrscher von Oesterreich-Ungarn als Gast empfangen.“ So wurde aus Petersburg der Wiener „Presse“ von ihrem Korrespondenten berichtet, der sich, wie das Blatt hervorhebt, aus bester Quelle zu informieren in der Lage ist und dessen Mittheilungen die Leser der „Presse“ bisher als wohlbegründete kennen gelernt haben. Der politischen Welt bereitet diese wahrscheinliche Kaiserbegegnung in Warschau nicht mehr, wie jene zu Danzig, eine sensationelle Ueberraschung. Bevor noch das russische Geschwader auf der Rhede von Neufahrwasser zur Heimfahrt die Anker gelichtet, wurde die Ankündigung einer neuen Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich und Rußland in alle Welt telegraphirt und seither erhielt sich die Nachricht auf der Tagesordnung, trotz oder vielmehr gerade wegen der Dementis, welche man von offiziöser Seite ihr andeignen ließ. Diese Richtigstellungen waren so sehr mit Reserven aller Art verlausulirt, daß sie sich wie eine ferner doppelten Verneinungen lasen, welche eine Bejahung bilden. Auch aus der gesammten politischen Lage, wie sie durch die danziger Entrevue illustriert worden und nach derselben sich darstellte, ergibt sich die

Belohnung ein Taschentuch und versprach ihm für die Zukunft eine Menge Tabak.

Eine weit unangenehmere Erfahrung stand ihm nach seiner Rückkehr in Cambaranga bevor. Er wurde nach einer entfernten Bucht gesandt, um das Lämmern einer Schafherde zu überwachen. Obgleich er in diesem Punkte noch keine Erfahrung hatte, erkannte er dennoch sofort, daß die Station äußerst ungünstig beschaffen war. „Ein Theil des Grafes war nie verbrannt worden und das übrige hatte man erst vor so kurzer Zeit in Brand gesteckt, daß der Boden einer schwarzen Wüste glich. Ueberdies war die Anzahl der Schäfchen so groß, daß selbst bei reichlichem Futter ein Lämmern mißlungen wäre.“ In Folge dessen lagen die todtten Schafe und Lämmern haufenweise umher. Als West nach Hause kam, erfuhr er zu seinem Entsetzen, daß diese Herde sein Eigenthum sei; sein Vormund hatte dieselbe nämlich eigenmächtig dem Mündel „verkauft“ und sich aus dessen Vermögen eigenmächtig bezahlt gemacht. Er verlor dabei nichts, denn die Herde bestand aus einer Auswahl von Auszufuß, die aus den alten und schwachen Schafen anderer Heerden zusammengestoppelt worden waren. So faßte Herr Cosgrove seine Aufgabe auf, West's Geld „derart zu verwalten, daß es ihm möglichst gut komme, wenn er das Geschäft einmal erlernt haben werde!“ Der junge Mann war so entzückt, daß er Cambaranga sofort verließ und eine Anstellung bei seinem Freunde Fitzgerald nahm. Während der drei Jahre, die er hier zubrachte, wurden von Stone, einem seiner Freunde, große Strecken Landes voll schöner Szenerie durchforstet. Fitzgerald's Vater kaufte in dieser Gegend eine Farm und West übernahm die Leitung der Viehzucht auf derselben als Theilhaber. Um jene Zeit fanden einige, von Grant ausdrücklich und sehr graphisch beschriebene Pferdeverrennen statt. John schritt in Begleitung Desmard's — des Sohnes eines unbemittelten englischen Lords, der nach Queensland gekommen war, um sich eine Existenz zu gründen —, zweier eingeborener Knaben und sechs Männer an die Ueberführung des Rindviehs nach der neuen Farm. Die Silberung dieses in Folge unvorhergesehener Umstände recht abenteuerlich ausgefallenen Viehtreibens gehört zu den interessantesten und heitersten Partien des Grant'schen Buches; leider geht es nicht an, daß wir sie hier zitiren. Auch andere anziehende Stellen anzuführen, müssen wir uns versagen. Wir müssen uns darauf beschränken, den übrigen Inhalt des Werkes kurz zu skizziren.

Der Aufenthalt auf der neuen Farm war von lauter Pech be-

innere Glaubwürdigkeit jener Angaben, daß das „Drei-Kaiser-Verhältniß“ in einer neuen Form wieder ins Leben treten und durch eine zweite Monarchen-Entrevue zwischen den Kaisern von Oesterreich und Rußland in einer nicht mißzuverstehenden Weise konstatirt werden solle. Die „Presse“ begleitet die Nachricht von der bevorstehenden Zusammenkunft mit folgenden Bemerkungen:

Die Veränderungen, welche sich in Rußland seit der verhängnisvollen März-Katastrophe vollzogen haben, die ganz abnorme Lage, in welche das gewaltige Reich durch die inneren Wirren gerathen ist, die Riesenaufgaben, welche in Folge dessen seinen Staatsmännern sich aufdrängen, denen die Wiederherstellung geordneter Zustände im Innern obliegt, mußten in Petersburg eine Verständigung mit den beiden untereinander verbündeten Nachbarn über die Hauptfragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft wünschenswerth erscheinen lassen. Schon die für die russischen Nachbarn nächstliegende, in dem wahrsten Wortsinne brennende Angelegenheit: die Bekämpfung der Umsturzpartei, mußten den Gedanken einer Vereinbarung zunächst mit den beiden anderen konservativen Großmächten des Kontinents aufzwingen. Ist mit diesen Regierungen ein Einverständnis erzielt, so läßt sich bei der gegenwärtigen Strömung der öffentlichen Meinung in der ganzen gebildeten Welt, bei der derzeitigen Disposition der Kabinette, einer gemeinsamen Gefahr gemeinsam zu begegnen, ein befriedigender Abschluß jener Verhandlungen erwarten, welche Rußland kurz nach der Attentatswoche eingeleitet und seither nicht ohne Erfolg fortgeführt hat. Was bisher in autoritativer Form über die Verhandlungsgegenstände bei der danziger Entrevue verlautete, bezieht sich hauptsächlich auf dieses Thema. Wendet doch der deutsche Reichskanzler, auf dessen Rath in dieser Sache Zar Alexander einen besonderen Werth gelegt haben soll, derzeit seine ganze Kraft an den Versuch, durch Lösung sozialer Fragen dem Sozialismus den Boden zu entziehen und jener künftigen Revolution vorzubeugen, deren wilde Apokalypse unter den nihilistischen Verschwörern auf russischer Erde zu suchen sind. Außer den inneren Angelegenheiten sind es die Orientfragen, welche das russische Kaiserhaus und die russischen Staatsmänner in erster Linie beschäftigen. In den Orientfragen konzentriert sich die gesammte auswärtige Politik des Kaiserreiches. Daß sie bei der danziger Entrevue berührt wurden und in Warschau wieder in den Vordergrund treten werden, ist selbstverständlich. Sie würden schon im hohen Grade durch diese Monarchen-Begegnungen beeinflusst, wenn sie auch formell gar nicht zur Sprache gebracht, gar nicht ausdrücklich bei den Unterredungen der Minister im Gefolge der Monarchen erörtert würden. Schon die bloße Thatfache, daß zwischen den drei Kaiserhöfen ein intimeres Freundschaftsverhältniß in offenkundiger Weise hervorgekehrt wird, genügt, um die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen als früher, da bei der Beurtheilung derselben ein wenn auch nicht offen feindlicher, doch polemischer Gegensatz zwischen Oesterreich = Deutschland und Rußland als sozusagen selbstverständliche Voraussetzung galt. In dem Augenblicke, in welchem von England her immer wieder von Neuem der Ruf aus Oesterreich ergeht, die Theilung der Türkei in die Hand zu nehmen und in welchem man in London selbst durch die Annexion Egyptens an diesem Geschäfte partizipiren möchte, will uns die Konstatierung eines guten Einvernehmens zwischen den drei Kaiserhöfen doppelt bedeutungsvoll erscheinen. Wir sind zwar nicht etwa der Ansicht, daß jetzt der englische Theilungsplan zwischen den drei Kabinetten in Behandlung genommen werde. Rußland ist mit seinen inneren Angelegenheiten so voll auf beschäftigt, daß es vor Jahr und Tag nicht an äußere Wagnisse denken kann; auch ist das allgemeine Friedensbedürfnis in ganz Europa ein viel zu tief empfunden, um eine Politik der Abenteuer von welcher Seite immer zu begünstigen. All dies schließt aber bei einem herlicheren Einvernehmen zwischen den nordischen Kabinetten nicht eine eventuelle Verständigung zwischen ihnen für die Zukunft aus, für diejenige Zeit, in welcher ein neues Katastrophisma in der Levante nicht mehr verlagert werden kann. Ein solches fest ins Auge zu fassen, muß ja die Aufgabe einer Politik sein, die nicht von heute auf morgen, von der Hand in den Mund lebt. Für die österreichische Monarchie giebt es dann, wenn der Zusammenbruch des alttürkischen Osmanenreiches erfolgt, nur die Alternative, Oesterreichs Interessen entweder im Wege einer Verständigung mit Rußland oder im offenen Kampfe mit demselben zu wahren. Welcher Weg mehr Vortheil bietet, liegt auf der Hand. Daß wir einen Krieg gegen Rußland für die Erhaltung der Türkei führen

glaubt. Die Arbeitsleute weigerten sich, zu bleiben und die nöthigen Gebäude zu errichten, weil West ablehnte ihre übertriebenen hohen Forderungen zu befriedigen. Wäre nicht Desmard — zu seinem eigenen Nachtheil — geblieben, so wäre es unserem Gelben übel ergangen. In Folge der Nachlässigkeit des Kochs brannten die Zelte nieder und die Jahreszeit war dem Schneiden der für den Aufbau von Hütten erforderlichen Rinde ungünstig. Sodann begann die Regensaison, die den Boden in einen Sumpf verwandelte. Es war so feucht, daß die Zimmerwände von einer grünen, schlammigen Substanz bedeckt wurden; das Mehl wurde schimmelig, die Vorräthe gingen zu Ende und Fieber stellten sich ein. Nach dem Aufhören des Regens besserte sich die Sachlage und Stone, der eine Gray'sche Tochter geheiratet hatte, siedelte sich in der Nähe an. Jetzt waren es wieder die Eingeborenen, die den neuen Ansiedlern viel Sorge bereiteten. Anfänglich begnügten sie sich mit dem Erstickten des Viehes, eines Tages jedoch kam ein schwarzer Knabe auf einem dampfenden Pferde bei West angeritten und theilte ihm mit, das Haus Stone's sei von den Wilden angegriffen worden. Sofort hinreißend, fand er, daß der Aufseher sammt Frau, die den Eingeborenen vertrauensselig entgegen gekommen waren, von diesen ermordet worden. Stone's Frau — er selbst war auf Reisen — hatte sich nur durch ausgiebige Verbärkkladung des Hauses gerettet. Wie von einer Ahnung getrieben, eilte Stone, ohne seine Geschäfte abzumachen, nach Hause zurück. Nachdem er das angerichtete Unheil wahrgenommen, ließ er im Verein mit West die flüchtigen Eingeborenen verfolgen und schreckliche Repressalien üben; aber man muß sagen, daß sie im Verhältniß zu anderen Ansiedlern, die die Wilden mit haarsträubender Grausamkeit behandelten, noch glimpflich verfuhr.

Die von West geleitete Viehzüchterei erwies sich als ein verfehltes Unternehmen. Er verließ daher die Station und begab sich auf die Goldfelder, die unser Autor höchst anziehend und anschaulich zu schildern weiß, was freilich nicht verhindert, daß das Gemälde ein unangenehm berührendes bleibt. Der Leser ist froh, aus dem bunten Treiben der Goldgräber, Schänkefanten und Verbrecher herauszukommen und in die Gesellschaft Cupido's zu gerathen, der das Werk in gefälliger Weise abschließt.

Grant's Buch hat das sehr hohe Verdienst, jedem künftigen australischen Bushcandidaten, wenn er es vor seiner Ankunft in Queensland liest, ungemein nützlich werden zu können — ein größeres Lob braucht sich kein Schriftsteller zu wünschen.

(Mgbb. Ztg.)

ollen, dies haben auch die leidenschaftlichen Türkenfreunde nicht einmal nach den Erfolgen Osman Paschas bei Plewna verlangt und fällt heute zu fordern Niemand mehr ein. Damit ist Oesterreich auf den zweiten Weg, auf den einer eventuellen Verständigung gewiesen, auf jenen Weg, auf dem die dazwischenliegende und die markhaftere Zusammenkunft die ersten Stufen bilden. Insofern wird eine Zusammenkunft im Gartenpalais des kaiserlichen Hofes als ein politisches Ereignis von höchster Wichtigkeit anzusehen sein, mögen nun die Monarchen von ihren leitenden Staatsmännern, Zar Alexander von Giers und Ignatjew, unser erlauchter Kaiser vom Minister des Aeußern, oder mögen sie nur von ihrem militärischen Gefolge begleitet werden. Die Kaiserzusammenkunft wird als eine neue Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in der Gegenwart und als eine Gewähr dafür angesehen werden können, daß auch die Streitfragen, welche die nächste Zukunft in ihrem Schoße birgt, auf dem Wege friedlicher Verständigung ausgetragen werden.

Afrika.

Tunis, 2. Oktober. [Ueber den Vorfall auf dem Bahnhofs von Wed Jargua] wird gemeldet:

Der Angriff erfolgte nach Abgang der Züge, von denen der eine von Tunis kam, der andere von Algerien, durch 600 Araber, welche sich in einer Terrainspalte versteckt hatten. Die Bahnbeamten waren beim Frühstück, als der Angriff stattfand. Nachdem die Araber ihre Schlachtopfer fürchterlich verstümmelt hatten, warfen sie dieselben zum Theil auf einen Scheiterhaufen. Der Stationsvorsteher, ein ehemaliger Lieutenant, der das Kreuz der Ehrenlegion trug, wurde lebendig verbrannt. Der von Ghardima kommende Bahnzug entgleiste in Folge der Wegnahme der Schienen drei Kilometer von Wed Jargua; die Reisenden saßen sich genöthigt, zu Fuß den Weg nach Wed Jargua zurückzulegen, und fanden bei ihrer Ankunft den Bahnhof geplündert und zwei verwundete Arbeiter, die noch lebten. Sie legten den Weg zu Fuß fort und erreichten Nachts 2 Uhr Medjes-el-Bab, wo sie den Rettungszug fanden, der eine Kolonne von 700 Mann gebracht hatte. Die erste Nachricht von dem Unfälle kam nach Medjes-el-Bab von einem Beamten, der sich in einer Cisterne versteckt gehalten und, als die Nacht eingebrochen, die Flucht ergriffen hatte. Die Aufständischen wollten Medjes-el-Bab angreifen, wo sich die Munition befand, die auf Ali Bey's Befehl hierher geschickt worden war. Diese Munition wurde von zwei Offizieren und sieben Soldaten bewacht, nachdem der Rest der Besatzung, ungefähr 200 Mann, nach der Ankunft in Medjes-el-Bab entflohen war. Zwei andere Bänder zerstörten die Eisenbahn oberhalb Wed Jargua. Mehrere Eisenbahnbeamte retteten sich dadurch, daß sie sich in die Waggonen flüchteten, die bei den Arbeiten an der Eisenbahn gebraucht werden. Man ist ohne Nachrichten von den Truppen Ali Bey's. Nach Empfang der Nachricht von dem Gemel von Wed Jargua forderte Roustan den englischen und den italienischen Konsul auf, sich mit ihm bei der Untersuchung über das Ereignis zu betheiligen. Alle drei sind nach Wed Jargua abgereist. Der Bahnzug, welcher die Leichen der Opfer von Wed Jargua zurückbrachte, entgleiste 96 Kilometer von Tunis. Die Truppen, welche vorgestern abgeschickt worden waren, hatten drei Gefechte mit den Aufständischen. Der Bahnzug mußte verlassen werden; die Reisenden retteten sich.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Garten- und Blumenfreund**, illustrierte Wochenschrift für Gartenbau, Obstbau und Blumenkultur, herausgegeben von Dr. G. Mühl in Rassel. (Verlag von Th. Dietrich & Co.) Vierteljährliche Abonnementspreis 1 M. 50 Pf. Die sieben erschienenen Nr. 26, mit welcher ein neues Abonnement beginnt, hat folgenden Inhalt: Die öffentlichen Pflanzungen im Allgemeinen, die öffentlichen Obstplantagen im Speziellen. (Fortsetzung.) — Empfehlenswerthe Blüthpflanzen. Von C. G. Petric, Obergärtner des Städtischen Gartens in Göttingen. — Die Farrenkräuter, Filices, (Juss. Hort.) mit 4 Abbildungen: 1. Hymenophyllum nitens. 2. Woodwardia radicans. 3. Blechnum spicant. 4. Osmunda regalis. — Apriofolen. — Gartenbau-Kalender für den Monat Oktober. — Witterungsbericht der kgl. meteorologischen Station Rassel. — Anzeigen.

* Ein Gedenkblatt für Garfield bringt das Oktoberheft der „Weltpost“, welches die Züge des von Millionen betrauernten Mannes in vorzüglichem Holzschnitt giebt. Von den interessantesten Artikeln derselben Nummer haben wir besonders die Schilderung Mexicos hervor, aus der Feder des mexikanischen Konsuls Hufte in Leipzig, der dieses große, noch der Ausbeute harrende Reich in seinem dem deutschen Einwanderer vielfach günstigen Beziehungen veranschaulicht. Marocco, welches jüngst durch die Schrift des Regierungsraths Wulffing zur Anlage einer deutschen Kolonie empfohlen ward, wird in farbenreichen Skizzen von Carl Cassau geschildert. — „Die deutsche Kolonie in London“ von C. d. Kugert. — „Die Stadt Breslau auf Long Island bei New-York, ein Kolonisationswunder“, — Plaudereien in Davenport. — Briefe aus Brasilien und Texas u. bieten fesselnde Unterhaltung und belebende Einblicke in ferne Länder. — für Auswanderungslustige von ganz besonderem Werthe. Die „Weltpost“ hat sich durch ihren eigenartigen, mannigfaltigen Inhalt, vor Allem aber durch ihren frischen, volksthümlichen Ton als ein Familienblatt bereits hüben und drüben einen großen Leserkreis erworben.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 6. Oktober.

r. Dem Berichte über den Lehrer-Sterbekassenverein des Großherzogthums Posen (i. Nr. 698 der „Posener Zeitung“) fügen wir noch Folgendes hinzu: Dem Verwaltungsberichte für die Jahre 1879/80 und 1880/81, aus welchem wir bereits Einiges mitgetheilt, ist ferner noch zu entnehmen, daß das Direktorium innerhalb dieser zwei Jahre 1) von den Ministerien des Unterrichts und des Innern die Bestätigung des General-Versammlungs-Beschlusses vom 9. Okt. 1879 erwirkt hat, monach die Versicherungssumme von 750 auf 900 M. erhöht wird, nachdem der Reservefond die Höhe von 30,000 M. erreicht haben wird; daß dasselbe 2) den Reservefond von 15,000 M. auf 25,000 M. vermehrt hat, daß von dem Direktorium 3) in Folge Beschlusses der Generalversammlung vom 9. Oktober 1879 für den Verein ein eiserne Geldlohn für den Preis von 450 M. beschafft worden ist, und daß 4) das Direktorium ein Verfahren zur Durchführung gebracht hat, nach welchem der Kontrolleur alle Quittungen, und somit auch alle Geldbriefpostcheine und alle Post-Anweisungen mit unterschreiben muß. Die Post zahlt kein Geld, wenn nicht die betreffenden Quittungen von dem Hauptrendanten und dem Kontrolleur gemeinschaftlich unterschrieben sind. Nach Einführung dieses Verfahrens ist nunmehr eine wirkliche Kontrolle im Geldverkehr des Vereins hergestellt. Ueber die Thätigkeit des Direktoriums innerhalb der letzten beiden Verwaltungsjahre entnehmen wir dem Berichte Folgendes: Das Direktorium hat in dem Verwaltungsjahre 1879/80 14 und im Verwaltungsjahre 1880/81 19 Sitzungen, in Summa 33 Sitzungen abgehalten. In denselben wurde über 176 Aufnahme-, über 65 Ausschließungs- und über 70 Sterbefälle Angelegenheiten beraten und beschloffen; außerdem kamen noch eine große Anzahl anderweitiger Verwaltungs-Angelegenheiten und die Statuten-Änderungs-Vorschläge der in der General-Versammlung vom 9. Oktober 1879 gewählten Kommission zur Berathung. — Bezüglich der Sterblichkeit der Vereins-Mitglieder läßt sich der Verwaltungs-Bericht folgendermaßen aus: In den letzten beiden Verwaltungsjahren sind im Ganzen 70 Mitglieder gestorben. Dies ergibt pro Anno im Durchschnitt 35 Sterbe-

fälle und bei 2100 Mitgliedern 1 1/2 pCt. Sterbefälle. Von den 70 Verstorbenen sind 3 Mitglieder im Alter von 22–25 Jahren, 5 im Alter von 26–30 Jahren, 1 im Alter von 31–35 Jahren, 7 im Alter von 36 bis 40, 2 im Alter von 41–45, 4 im Alter von 46–50, 13 im Alter von 51–55, 9 im Alter von 56–60 Jahren, 13 im Alter von 61 bis 65 Jahren, 7 im Alter von 66–70 und 6 im Alter von 71–75 Jahren verchieden. Sämmtliche 70 Gestorbene haben zusammen ein Alter von 3695 Jahren, und somit ein Durchschnittsalter von circa 52,75 Jahren erreicht. Zu berichten ist: Bei § 14 soll Alinea 2 nicht wegfallen, sondern zu dem bisherigen § 14 soll der v. m. Direktorium vorgeschlagene Zusatz: „Die Ausschließung erhält nach protokollarisch erfolgtem Beschlusse des Direktoriums Rechtskraft“ als Alinea 3 hinzukommen. — Bei § 20 unseres Berichtes fehlt der angenommene Zusatz: „Die lektoren (nämlich die Zinsen) jedoch nur dann, wenn der Jahresbeitrag der Vereinsmitglieder nicht über fünfzehn Mark steigt.“ — Bei § 24 muß es heißen: Der Vorsitzende, der Kontrolleur und der Schriftführer erhalten je 1/2 pCt. und der Rendant 1/2 pCt. der Baareinnahmen. — Bei § 32 muß stehen hinter 3 Vertreter: „auf 2 Jahre zu wählen, welche ihren Wohnsitz in der Stadt Posen oder ihrer nächsten Nähe haben“.

r. Der Posener Zweigverein des deutschen Beamtenvereins hielt am 5. d. M. unter Vorsitz des Sekretärs Schubert in der Stadtkasse eine Sitzung ab. Ein Mitglied des Vereins hielt einen Vortrag über „den Beamten außer Dienst“, wobei er insbesondere die Stellung des Beamten zu den Angehörigen anderer Stände schilderte. Alsdann wurde beschlossen, den nächsten geselligen Familienabend am 15. d. M. im Restaurant Tauber abzuhalten. Zum Schluß wurden noch einige geschäftliche und interne Angelegenheiten des Vereins verhandelt.

r. Der Professor Dr. Carl Tiesler ist heute Mittags im Alter von 62 Jahren plötzlich in Folge eines Herzschlages gestorben. Das königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, an welchem der Verstorbene mehrere Decennien hindurch gewirkt hat, verliert an demselben einen vorzüglichen Lehrer, der sich durch seine trefflichen Eigenschaften des Charakters und Herzens nicht allein unter seinen Kollegen, sondern auch in weiteren Kreisen unserer Stadt die allgemeine Hochachtung und Liebe erworben hat.

r. Im hiesigen Krankenhause der Barmherzigen Schwestern starb am 3. d. M. nach dreiwöchentlichem Krankenlager der katholische Geistliche Vinc. Sobierajski. Derselbe stammte aus Posen, trat in den Dominikanerorden zu Warschau und wurde dort zum Geistlichen ernannt. Nach Aufhebung des Klosters begab er sich nach Posen und nach Ausweisung der Jesuiten und Angehörigen verwandter Kongregationen von hier nach Lemberg, wo er bei einer Kirche eine Anstellung fand. Seiner geschwächten Gesundheit wegen reiste er im Juni d. J. nach dem Bade Sycamora (Galizien), von dort nach St. Georgen in Baiern und schließlich nach Posen, wo er an einem Brustleiden starb.

r. Probst Wachalski zu Lubosz bei Pinne (Kr. Birnbaum) ist vor einigen Tagen gestorben, so daß dadurch die Anzahl der verwaisten katholischen Parochien in der Diözese Posen-Ostpreußen auf 144 mit 243,645 Seelen gestiegen ist, während davon die Anzahl derjenigen Parochien, in denen auch kein Vikar angestellt ist, 111 mit 138,879 Seelen beträgt. Das Dekanat Neustadt b. P., zu welchem Lubosz gehört, hat gegenwärtig 9 Parochien ohne Probst; in zwei andern Parochien sind die Probsts entweder seit langer Zeit krank oder altersschwach.

— **Stadttheater.** „Unsere Frauen“, von Moser, geht heut zum ersten Mal mit den Damen Weinert, Sorma, Tren, Hermegh, Kläger, Ketty und den Herren Ketty, Jürgen, Engelsdorff, Wilhelm, Wagner, in den Hauptrollen, in Szene. — Am Sonnabend, den 7. Oktober findet als zweite Vorstellung zu ermäßigten Preisen: „Ein Kind des Glücks“ mit Fr. Sorma in der Titelrolle statt.

r. Einbrüche. In der letzten Zeit sind gerade auf einer der Hauptstraßen unserer Stadt, der Wilhelmstraße, mehrere Einbrüche verübt worden. Am vorigen Sonnabend brachen während der Nacht Diebe in den Keller unter der Beul'schen Konditorei ein, stiegen von dort zur Konditorei empor, öffneten die dorthin führenden Thüren und stahlen aus der Ladentasse den Inhalt. — In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag verübten Diebe in dem Hause Wilhelmstraße 24 während der Nacht vom Hausflur in den Brühl'schen Uhladen einzudringen; doch waren ihre an drei Thüren mit Anwendung großer Gewalt vorgenommenen Versuche vergebens. Alsdann bemühten sie sich, die vom Hausflur in das Wunsche'sche Spielwaarengeschäft führende Thür zu erbrechen, mußten jedoch auch diesen Versuch aufgeben. Hierauf drangen sie vom Hofe her durch ein Fenster, dessen Scheiben sie einschlugen, in den Wunsche'schen Laden ein, öffneten alle Schiebläden, fanden jedoch schließlich an Geld nur 4 M. 75 Pf. Conjurats-Prämienrunggeld eines Schülers, welches sie an sich nahmen. Nachdem sie noch verschiedene Galanteriewaren gestohlen, verließen sie den Laden durch die Hintertür, welche sie von innen öffneten.

S. Dentschen, 5. Oktober. [Ergreifung eines Verbrechers.] Vor einigen Tagen gelang es den unaußgesetzten Bemühungen unseres Gendarmen Saloth unter Assistenz des erst vor kurzer Zeit hier stationirten Gendarmen Wodrich, den vor etwa neun Wochen auf dem Transporte von hier nach Meseritz entlaufenen Zuchthäusler Drwat, dingfest zu machen. Derselbe, zur Verbüßung einer siebenjährigen Zuchthausstrafe in Ramtisch internirt, wurde zur Aburtheilung weiterer von ihm verübter Verbrechen von dort mittelst Bahn bis hierher gebracht und sollte von hier aus nach Meseritz transportirt werden. Während des Transportes war es ihm jedoch gelungen, zu entspringen. Seit jener Zeit wurde unsere Umgegend durch Diebstähle, Einbrüche und Raubansfälle heunruhigt, die nun durch die Festnahme des Drwat aufgehört haben.

z. **Feuerstichtel.** 5. Oktober. [Explosion. Lehrerkonferenz.] Am Donnerstag Abend explodirte bei dem Tagelöhner Kuschinski hier selbst eine Petroleumlampe. Der achtjährige Sohn des K., welcher eben zu Bette gehen wollte und nur mit dem Hemde bekleidet sich am Tische zu schaffen machte, wurde von dem brennenden Petroleum übergossen, so daß in einem Augenblicke sein einziges Kleidungsstück über und über in hellen Flammen stand. Die auf das Geschrei des Knaben herbeigeeilte Mutter, mußte nicht, was sie zuerst löschen sollte, da auch alle übrigen vom Petroleum begoffenen Gegenstände vom Feuer ergriffen waren. Der Knabe hat an Brust, Armen und Händen bedeutende Brandwunden erlitten, welche der herbeigerufene Arzt für sehr bedenklich erklärte. Ueber die Ursache der Explosion konnte ich auch durch Nachfragen bei der Mutter des Verunglückten nicht recht ins Klare kommen. Wie mir scheint, haben die betreffenden Eltern ihrem Sohne wohl etwas zu viel Freiheit gestattet. — Am Mittwoch fand hier selbst unter Vorsitz des Superintendenten Schöber die zweite diesjährige Bezirkslehrer-Konferenz statt. Nachdem dieselbe mit Segen und Gebet des Vorsitzenden eröffnet war, behandelte Lehrer Günther von hier mit Schülern der ersten Klasse das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Nach Entlassung der Schüler referirte Herr Publis aus Schierzig-Gauland über ein Thema aus der Pädagogik. Dem Referate folgte zunächst eine Besprechung der Lehrprobe und dieser eine Debatte über die schriftliche Arbeit des Lehrers Publis.

+ **Birke.** 5. Oktober. [Feuer. Marktpreise.] Gestern Vormittags entstand in dem benachbarten Dorfe Gora Feuer, welches bei dem ziemlich scharfen Winde in kurzer Zeit elf Gebäude in Asche legte. Drei kleine Kinder, welche sich in Gefahr befanden, wurden durch einen Mann mit Lebensgefahr gerettet. Derselbe trug einige Brandwunden davon, die aber nicht gefährlich zu sein scheinen. — Am letzten Wochenmarktstage wurde gehandelt: Für 100 Pfund Weizen 11 M., Roggen 7 M., Gerste 7,50 M., Hafer 7 M., Kartoffeln 1,50 M., Heu 3 M., Stroh 2 M., 1 Pfd. Butter 1 M., 1 Schaf Eier 1,50 M. Offenbar werden die Preise nach der Saatkzeit sich ermäßigen, da doch bei den reichen Ernte-Erträgen Billigkeit zu erwarten steht.

□ **Graustadt, 5. Oktober.** Neuer Arzt. Messerstecherei. An Stelle des anfangs dieses Monats nach Glogau verzogenen Dr. med. Binner hat sich Dr. med. Glajer, bisher in Priebus (Nieder-Lausitz) hier niedergelassen. — Am Sonntag Abend griethen wegen eines Mädchens zwei Fleischergejellen mit einem Soldaten des hier garnisonirenden Kaiser-Bataillons in Streit, wobei der eine Fleischergejelle sein Messer in den Rücken des Soldaten stieß, so daß dessen Unterbringung ins Lazareth erfolgen mußte. Glücklicherweise ist die Verwundung nicht lebensgefährlich.

— **r. Wolfstein, 5. Oktober.** [Markt in Ratow.] Unglücksfall. Auf dem gestrigen Febrarmarkt in Ratow war nur wenig Viehvieh aufgetrieben; aber auch die Kauflust war nicht rege. Nur nach gutem Schlachtvieh war einige Frage, und solches war fast gar nicht zum Verkaufe gestellt. Auch der Pferdemarkt war schlecht besetzt und die Kauflust sehr gering. Dem entsprechend war auch der Krammarkt im Allgemeinen nicht zufriedenstellend. — Der Tagelöhner Adamski fiel vorgestern von einem Dache so unglücklich herunter, daß er nach einigen Stunden schon seinen Geist aufgab. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit drei Kindern, wovon das jüngste erst 5 Wochen alt ist, in sehr dürftigen Verhältnissen.

Δ **Schneidemühl, 5. Oktober.** [Provinzial-Lehrerversammlung.] Die heutige Provinzial-Lehrerversammlung, welcher auch der Landrath v. Colmar-Menenburg, Kreis-Schulinspektor Kupier und Bürgermeister Wolff bewohnten, wurde mit dem Gesange des Choral „O Vater, Du treuer Herr“ eröffnet. Es mochten etwa 200 Festgenossen erschienen sein. Der Vorsitzende Baumbauer-Polier hielt eine Eröffnungsansprache, in welcher er daran erinnerte, daß die heutige Versammlung die neunte Provinzialversammlung war. Stelle des Lehrers Arndt, welcher verhindert war, wurde Lehrer Bromberg in den Vorstand gewählt. Bürgermeister Wolff begab darauf die Versammlung. Nach sprach Rektor Ernst von der Au der Lehrer und ihrem Ideale, der Liebe zu Gott, zum Vaterlande und zur Schule. Lehrer Klatt-Santer brachte ein Hoch auf den Kaiser aus. — Nunmehr hielt Mittelschullehrer Baumbauer seinen Vortrag über Jugend- und Volksschulen. Wir haben aus dem trefflichen Vortrage folgende Gedanken heraus. Das richtige Erziehungsmittel ist die Lektüre. Der Zweck der Lektüre ist nicht Zeitvertreib; der Lesende soll die Menschen und durch sie das Leben kennen lernen. Die Lektüre muß aber eine gute sein; sie muß 1) wahr, reich an ideeller und positiver Wahrheit, 2) sittlich rein sein, endlich 3) der Altersstufe angemessen. Wir haben gute Jugendchriften auf allen Gebieten; es wurde an Rieritz, Ferdinand Schmidt, Hoffmann, Schwabe's Volksbücher u. s. w. erinnert. Es giebt aber auch eine große Masse werthloser Produktionen; deshalb ist eine Auswahl nöthig. Für diesen Zweck sind Schulbibliotheken zu gründen und ist auch eine Jugendchriftenkommission zu wählen, zunächst für unsere Provinz, welche alle neuen Schriften zu lesen und zu beurtheilen und ihr Urtheil in bestimmten Fristen (etwa vor Weihnachten) bekannt zu machen hat. Volksschriften, die von Kolporturen herumgetragen werden, sprechen dem Edlen und Schönen oft Hohn; Fortbildungsschulen und die Belehrung Erwerbsloser müssen dem entgegenwirken. Auch die klassische Literatur muß eine immer größere Verbreitung finden. — Die gestellten Thesen wurden nach einiger Diskussion angenommen; zur sofortigen Wahl einer Jugendchriftenkommission konnte man sich nicht entschließen. Vielmehr wurde erwartet, daß der Vorstand erst statistisches Material sammle und der nächsten Provinzialversammlung unterbreite. — Darauf hielt Lehrer Zahnte-Ulrich Gauland seinen Vortrag über das Thema: „Ob Staats- oder Gemeindeschule?“ Der Redner erklärte sich für erstere. Die Schule fordere oft mehr Mittel, als die Gemeinden zu bieten vermöchten. Das reine Gemeindeprinzip wäre undurchführbar. Das gegenwärtige System wäre ein gemischtes. Bei Einführung der Staatschule würden die Lehrer auch ihr Gehalt pünktlich erhalten. Im Uebrigen würde in den eigentlichen Schulverhältnissen eine Verstaatlichung der Schule nichts ändern; auch würden die Interessen der Eltern dieselben bleiben. Ein Schulvorstand würde überflüssig sein. Vor Allem aber wäre der Erlaß eines Unterrichtsgesetzes wünschenswerth. — Der Vorsitzende schnitt jede politische Debatte, als den Statuten des Vereins wider, ab. Von den Thesen wurde nur die erste These angenommen: „Die Staatschule ist der Gemeindeschule vorzuziehen; eine reine Gemeindeschule ist unmöglich.“ In der Debatte sprach man sich auch vielfach für das gemischte System und die Gemeindeschule aus. — In der Delegirtenversammlung wurden die Statuten des Provinzialvereins in mehreren Punkten abgeändert. Als Ort der nächsten Provinzialversammlung wurde Ratowitz in Stelle von Samter gewählt eventuell Posen. — Am Festessen in Tantom's Saale theilnahmen sich etwa 120 Personen. Bürgermeister Wolff brachte den Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus. Konzert und Tanz vereinte die Festgenossen bis zum frühen Morgen.

+ **Aus dem Wahlkreise Inowrazlaw-Mogilno, 5. Oktober.** [Wahlerversammlung.] Von einem aus den hervorragenden Persönlichkeiten der Kreise Inowrazlaw und Mogilno bestehenden Komitee war auf heute Nachmittag eine Wahlerversammlung in Bait's Hotel zu Inowrazlaw anberaumt worden, zu welcher sämmtliche deutsche Wähler der Wahlkreise eingeladen worden waren. Der Einladung hatten etwa 20 Wähler Folge geleistet. Die Versammlung wurde von dem Komiteemitglied, Herrn Landratsrath Sinsch-Rachmiz, eröffnet, auf dessen Antrag sodann der Reichstagsabgeordnete v. Schenk-Kawenczyn, Kr. Inowrazlaw, zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde. Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung, indem er seiner Genugthuung darüber Ausdruck giebt, daß eine so erhebliche Anzahl von Wählern sich zu der Versammlung eingefunden habe. Zweck der letzteren sei es, sich über die Aufstellung eines Kandidaten zum Reichstage zu einigen, und er habe die Ueberzeugung, daß alle Wähler, welcher politischen Parteinrichtung sie auch angehören mögen, von dem einen Gedanken erfüllt sein würden, die Wahl auf einen deutschen Kandidaten zu lenken. Als solcher sei bisher von den Deutschen des Wahlkreises stets Herr Nebrung-Kruscha aufgestellt worden, den Redner auch dies Mal wieder als Kandidaten in Vorschlag bringe. Im Anschluß an die Ausführungen des Vorsitzenden bebt Herr Bürgermeister Dierich-Inowrazlaw hervor, daß die Deutschen wahrlich auch dies Mal von der Gegenpartei wieder majorisirt werden würden, daß indeß durch die Wahl doch manifestirt werden könnte, ob das Deutschtum im Osten unserer Provinz fortzudauern und seine Mission erfülle, daß daher alle Deutschen die Pflicht hätten, für den von der Versammlung acceptirten Kandidaten zu stimmen. Die Versammlung erklärte sich sodann einstimmig für die Aufstellung des Rittergutsbesizers Nebrung-Kruscha, Kr. Inowrazlaw, zum Reichstagsabgeordneten und Herr Nebrung erklärt sich bereit, ein Mandat annehmen zu wollen. Der Vorsitzende führt sodann aus, daß es sich darum handeln werde, die Wahl in entsprechender Weise vorzubereiten und daß zu diesem Zwecke zunächst Vertrauensmänner zu wählen seien. Als solche wurden von der Versammlung gewählt: 1. aus dem Kreise Inowrazlaw: Stadtr. R. Scham. Kleine-Inowrazlaw, Rittergutsbesitzer v. Heyne-Kruschitz, Amtsrath-Seer-Nischwitz; 2. aus dem Kreise Mogilno: Rittergutsbes. Schneider-Progyn, Rittergutsbes. v. Tischev-Broniewice und Amtsrath Girschfeld-Mogilno. Sämmtliche Gewählte sind in der Sitzung anwesend und erklären, die Wahlen annehmen zu wollen. Herr v. Schenk weist nun darauf hin, daß es Aufgabe der Vertrauensmänner sei, in den einzelnen Polizeidistrikten dahin zu wirken, daß die Wähler an der Urne erscheinen, daß die Wahlangelage nicht laubetreiben, sondern daß die Wahlvorbereitungen mit allem Eifer ins Werk gesetzt werden. Zu einer eingehenden Erörterung führt die vom Rechtsanwalt Kleine aufgeworfene Frage, ob sich mit der Stellung eines Wahlvorstehers die Annahme eines Mandats als Vertrauensmann verträge und ob der Wahlvorsteher, von dem die größte Unparteilichkeit vorausgesetzt werde, sich nicht von Wahlagitationen fern zu halten habe. Demgegenüber wird von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß der Wahlvorsteher als solcher erst am Tage der Wahl in

Funktion trete, daß also einer Betheiligung an der Wahlbewegung vor dem Wahltag selbst Bedenken nicht entgegen stehen könnten. Hr. Kleine, der selbst zum Wahlvorsteher in Inowrazlam gewählt worden ist, erklärte sich nach diesen Ausführungen bereit, die Wahl als Vertrauensmann unbedingt anzunehmen. Es erfolgt sodann die Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten, u. A. den Druck von Wahlzetteln, die Besprechungen der Vertrauensmänner betreffend und es macht hierbei Hr. Finsch die Mittheilung, daß die Kosten für Vorbereitung der Wahlen durch entsprechende Agitationen, Aufrufe u. v. von dem „Deutschen Wahlverein“ in Bromberg bestritten würden. Die Versammlung wurde nach etwa einstündiger Dauer mit einem vom Vorsitzenden auf Se. Majestät den Kaiser ausgebrachten Hoch, in welches die Anwesenden lebhaft einstimmten, geschlossen. — Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Wahl in dieser Weise überall den Beschlüssen der heutigen Versammlung gemäß vorbereitet und ausgeführt werden wird und es wird dies besonders dann der Fall sein, wenn es den Theilnehmern an der heutigen Versammlung gelingt, die durchweg patriotische Gesinnung, welche in der heutigen Sitzung zum Ausdruck gelangte, auch bei ihren Mitwählern zu erwecken. Wenn diesmal alle Deutsche auf dem Posten sind, so wird, da in den letzten Jahren ein ziemlich guter Zugang an Deutschen nach unserer Gegend stattgefunden hat, die Stimmzahl der Deutschen gegen die der Polen nicht so zurückbleiben, wie bei der letzten Wahl, und wenn dann auch diesmal der Sieg der Gegenpartei ausfällt, so werden die Deutschen wenigstens von dem beschämenden Bewußtsein frei sein, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Vor den Dingen haben aber die Wähler durch die heutige Versammlung erfahren — und hierin liegt der hohe Werth derselben —, daß sie von den Vorgängen der letzten Landtagswahl, bei welcher deutsche Uneinigkeit einen Polen zum Siege verhalf, gelernt haben.

II Bromberg, 5. Oktober. [Zum Kanalverkehr. Von der Ostbahn. Verhaftung. Neue Bierhalle.] Der Holztransportverkehr im bromberger Kanal ist seit einigen Tagen wieder im Gange, nachdem derselbe gegen drei Tage infolge Arbeitermangels zum Fortschaffen der Hölzer von der neunten Schleuse ab vollständig geruht hat. Durch die von den Arbeitern in Scene gesetzte Streife haben dieselben einen erhöhten Lohnsatz von 3 Mark resp. 9 Mark pro Reise erzielt. Es muß jetzt gezahlt werden nach Stettin 78 M. früher 69 M., nach Gießen 66 M. früher 63 M. Für manchen Transportführer ist das schon eine erfreuliche Summe. Ein hiesiger Holzspeiteur erleidet dadurch einen unvorhergesehenen Ausfall von 900 M. Durch die regierungsseitig festgesetzte Bestimmung, nach welcher, wie i. Z. mitgetheilt, von der neunten Schleuse bis Jantoch die Tristen mit zwei Mann besetzt sein müssen, haben sich auch in anderer Weise Nachteile für den Holzverkehr herausgestellt, denn bis zum 1. Oktober e sind 700 Schleunungen weniger gegen das Vorjahr zu registriren gewesen, obgleich Holz genug vorhanden ist, welches der Weiterbeförderung harzt, — es fehlt nämlich infolge der oben bezeichneten Maßnahmen an der nöthigen Arbeitskraft, denn wo sonst 30 oder 40 Hölzer nöthig waren, sollen jetzt 60 resp. 80 Mann vermandt werden und diese Zahl ist nicht immer zu haben. Eine Deputation von Holzspeiteuren ist gestern bei dem Bau-Inspektor Sell gewesen und hat diesen um Aufhebung der in Rede stehenden, den Holzverkehr auf der Neke erschwerenden Bestimmung ersucht. Derselbe hat jedoch erklärt in dieser Angelegenheit, da die Bestimmung von der Regierung erlassen worden ist, nichts thun zu können, die Aufhebung derselben nur von dieser erfolgen könne. Dieselbe Deputation will nun in gleicher Weise bei der Regierung vorgehen. — Der Präsident der Direktion der Ostbahn Rabe hat neuerdings eine Verfügung erlassen, nach welcher dem Fahrpersonal der Ostbahn, namentlich aber den Schaffnern ein mehr achtungsvolleres Benehmen gegen das reisende Publikum empfohlen wird. Denselben sind bestimmte Redensarten vorgeschrieben, die sie vorkommenden Falles in Anwendung zu bringen haben. So sollen sie bei Öffnung der Coupethüren die Einladung zum Einsteigen mit den Worten: „Bitte gefälligst einzusteigen“, oder: „Wollen Sie die Güte haben und einsteigen“. Den hiesigen Beamten sind in dieser Beziehung die Beamten der Bahnen in Süddeutschland zum Muster anempfohlen worden. — Auf Veranlassung des Staatsanwalts in Königsberg i. Br. wurde heute in Heije's Hotel der Kaufmann Friedrich aus Königsberg, welcher im Verdacht der Urkundenfälschung steht, verhaftet und nach Königsberg zurücktransportirt. — Zu den vielen Restaurants und Bierhallen, welche Bromberg bereits aufzuweisen hat, ist nun noch eine in der Friedrichstraße — eine höchst elegant eingerichtete „Kulmbacher Bierhalle“, welche der frühere Kaufmann Sach eingerichtet hat, gekommen, welche sich großen Zuspruchs erfreut.

Kempen, 5. Oktober. [Feuer. Wohnungswechsel.] Am Sonntag Abend wurden wir durch Feuerruf erschreckt; es brannte im Judenviertel, genannt Ramschatta, ein Stallgebäude nieder. Durch die zuerst herangeeilte Spritze von dem nahegelegenen Städtchen Baranow wurde der Brand auf dieses Gebäude beschränkt. Da das Feuer nicht weit von der Synagoge entstand, so war es ein Glück, daß die Gemeinde bereits eine halbe Stunde vor Ausbruch des Feuers ihren Gottesdienst beendet hatte. — Der Wohnungs-Umzug zum Quartalswechsel ist in hiesiger Stadt ein großartiger; schon vor acht Tagen hat er angefangen und wird noch immer fortgesetzt.

r. Stadtverordnetenversammlung

am 5. Oktober.

(Schluß.)

Für ein im Priester-Seminar-Gebäude gemiethtes Klassenzimmer der III. Stadtschule werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Herz berichtet, 5 M. pro Monat an Miete bis zum 1. April 1881 bewilligt. Bekanntlich sind in jenem Gebäude schon mehrere Klassen der III. Stadtschule untergebracht.

Zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Palldorffstraße werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Lange berichtet, an einmaligen Ausgaben 970 M. und an laufenden Ausgaben fürs Jahr 309 M., für die Zeit bis 1. April 1881 also die entsprechende Summe bewilligt. — Stadtverordneter Löwinski spricht bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß der Magistrat die einzelnen Straßen unserer Stadt auf mangelhafte Beleuchtung möge revidiren lassen, da die Beleuchtung auch in manchen anderen Straßen viel zu wünschen übrig lasse. Die Versammlung schließt sich diesem Wunsche an.

Ueber die Bewilligung der Kosten zur Errichtung von Bühnen an den städtischen Uferstrecken der Warthe berichtet Stadtverordneter Löwinski. Danach hat der Stromfiskus die Errichtung von noch mehr Bühnen im Laufe der Warthe oberhalb der Stadt bis zum Viktoriapark als notwendig bezeichnet, und der Magistrat beantragt, die Versammlung möge zu dem angegebenen Zwecke für 9 neue Bühnen 3571 M. bewilligen. Stadtverordneter Löwinski wendet hiegegen ein, daß die von der Stadt am linken Ufer der Warthe längs des städtischen Terrains errichteten Bühnen noch im besten Zustande seien, daß die Stadt nicht nöthig habe, auch auf dem rechten Ufer oberhalb der Stadt Bühnen zu errichten, daß ferner die höchste Summe, welche in einem Jahre bisher für den Bühnenbau von der Stadt verausgabt worden, 900 M. gewesen sei, und daß die Vorlage nicht genügend vorbereitet erscheine. — Da auch Rechtsfragen hiebei in Betracht kommen, so beschließt die Versammlung, die Angelegenheit einer Kommission, welche aus Mitgliedern der Rechts- und der Baukommission unter Hinzuziehung des Stadtverordneten Löwinski zu bilden sei, zur Vorberatung zu überweisen.

Zur Anschaffung von Bekleidungsstücken für 6 Reserve-Feuerwehrmänner werden gemäß dem Magistratsantrage, über welchen Stadtverordneter Kirsten berichtet, aus Tit.

XIII. des Stats nachträglich 240 M. 50 Pf. bewilligt. Die Anstellung von 6 Reserve-Feuerwehrmännern war von der Polizeidirektion mit Rücksicht darauf für notwendig erachtet worden, daß während des Sommers d. J. im Zirkus und im Viktoria-Theater während der Vorstellungen stets einige Feuerwehrmänner sein mußten, so daß es im Falle eines Brandes an den erforderlichen Mannschaften auf der Feuerwache gefehlt haben würde; auch im Winter müssen während der Vorstellungen stets einige Feuerwehrmänner in den Theatern sein.

Der Tarif für das an der Wallischei-Brücke zu erhebende Brückengeld, welchen der Magistrat unter Zustimmung der Versammlung entworfen hatte, war von der königl. Regierung nicht genehmigt worden. Der Magistrat hat nun einen neuen Tarif entworfen, mit dem sich die Regierung einverstanden erklären würde. Danach soll pro Pferd Brückengeld erhoben werden, während in dem ersten Tarif zwischen beladenem und unbeladenem Fuhrwerk unterschieden wurde. Auch ist in dem neuen Tarif die Exemption für Fuhrwerke von Kattay und Zegras aufgehoben. Nachdem Stadtverordneter Löwinski, welcher über diese Angelegenheit berichtet, den neuen Tarif empfohlen hat, erklärt sich die Versammlung mit demselben einverstanden.

Vom Stadtverordneten Kirsten ist ein Antrag auf Einführung einer Geflügelsteuer in der Stadt Posen eingegangen. Der Antragsteller hat beantragt, die Versammlung möge beschließen, die Schlachtsteuer auch auf Geflügel auszudehnen und zwar die Steuer für Puten auf 75 Pf., für Gänse auf 30, für Enten auf 15 Pf. pro Stück festsetzen und den Magistrat um baldige Einführung dieser Steuer ersuchen. Der Antragsteller ist der Ansicht, daß diese Steuer jährlich 15—20,000 M. eintragen werde, und sich besonders auch aus dem Grunde empfehle, weil sie vornehmlich die gut situirten Bewohner unserer Stadt treffen werde. Man habe gesagt: diese Steuer werde sich vornehmlich gegen unsere jüdischen Mitbürger richten, da diese am meisten Geflügel konsumiren. In Wirklichkeit aber werde von der Gesamtheit der christlichen Bevölkerung unserer Stadt wohl mehr Geflügel verzehrt, als von der jüdischen; auch liege die Absicht, durch diese Steuer vornehmlich die jüdische Bevölkerung zu treffen, dem Antragsteller völlig fern. Derselbe sei vielmehr von dem Streben geleitet worden, bei den stetig zunehmenden Ausgaben der Stadtgemeinde Posen neue Einnahmequellen zu eröffnen. Stadtverordneter Fontane erkennt zwar an, daß die Tendenz des Antrages nicht gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet sei; trotzdem aber würde faktisch vornehmlich diese Bevölkerung von der Steuer getroffen werden und es sei auch die allgemeine Meinung verbreitet, daß sich die Tendenz des Antrages gegen unsere jüdischen Mitbürger richte. Redner erklärt, er sei gegen diese Steuer, sowie überhaupt prinzipiell gegen jede Besteuerung von Lebensmitteln; als eine Luxussteuer sei die Geflügelsteuer nicht zu bezeichnen. Man dürfe nicht vergessen, was die jüdischen Mitbürger unserer Stadt für Armen- und Krankenpflege leisten; werde die Geflügelsteuer eingeführt, so würden diese Leistungen möglicherweise nachlassen. Auch sei in Betracht zu ziehen, daß die Erhebungskosten für die Steuer wohl sehr hoch sein würden. Es empfehle sich daher, den Antrag abzulehnen. — Stadtverordneter Gerlach empfiehlt die Einführung der Steuer gegenüber den sich stetig steigenden kommunalen Ausgaben, ist jedoch der Ansicht, daß der Steuerfuß niedriger normirt werden müßte. Ob vorzugsweise die christliche oder die jüdische Bevölkerung unserer Stadt durch die Steuer betroffen werden würde, sei gleichgültig. — Nachdem der Antrag die genügende Unterstützung gefunden, weist Stadtverordneter Jacobi darauf hin, daß, wenn die Geflügelsteuer eingeführt werde, das Geflügel von außerhalb dieser Steuer wegen möglicherweise anderwärts hingebacht und dadurch nicht allein die Geflügel- sondern auch die Fleischpreise in unserer Stadt erhöht werden würden; die Versammlung möge daher den Antrag ablehnen. — Stadtverordneter Osowski spricht sich für die Steuer, als ein Korrelat zu der schon bestehenden Wildpretsteuer, aus und empfiehlt, die Geflügelsteuer auch auf Fühner auszudehnen, dagegen Tauben von derselben auszunehmen und zwar mit Rücksicht darauf, daß diese für Kranke oft unentbehrlich seien. In anderen, kleineren Städten bestünde die Geflügelsteuer bereits. — Stadtd. Mühl spricht sein Bedauern darüber aus, daß in diese Frage überhaupt das konfessionelle Moment hineingetragen worden sei, und beklagt schon aus formellen Gründen den Antrag, da es konstitutionell sein würde, mitten im Statsjahr Beschlüsse über neue Steuern zu fassen. Es stünde dem Antragsteller frei, bei der nächsten Statsberatung die Sache aufs Neue anzulegen. — Stadtverordneter Kirsten erklärt sich mit diesem letzteren Rathschlage einverstanden. — Stadtverordneter Dr. Lebinski will für die Versammlung das Recht gewahrt wissen, außergewöhnlichen kommunalen Ausgaben gegenüber auch außergewöhnliche Einnahmequellen zu eröffnen, während der Magistrat, um die sich stetig steigenden kommunalen Ausgaben zu decken, einfach den zu erhebenden Prozentfuß der Kommunalsteuer erhöhe. — Stadtverordneter König empfiehlt, die Angelegenheit dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, mit dem Ersuchen, der Versammlung eine motivirte Vorlage zu machen. — Stadtverordneter Löwinski spricht sich prinzipiell gegen jede Besteuerung von Lebensmitteln und daher auch gegen die Geflügelsteuer aus. — Bürgermeister Herse bittet, die Angelegenheit dem Magistrat nicht zu überweisen, vielmehr selber Stellung zur Sache zu nehmen. — Stadtverordneter Ad. Kantorowicz spricht sich gegen den Antrag aus, da es sich nicht empfehlen werde, die schon drückende Schlachtsteuer noch zu erweitern. — Es wird hierauf der Antrag des Stadtverordneten Kirsten, die Schlachtsteuer auf das Geflügel auszudehnen, mit großer Majorität abgelehnt.

Zum Mitgliede der Verwaltungs-Deputation für die städtische Pfandleih-Anstalt wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtverordneter Türk berichtet, an Stelle des zum unbesoldeten Magistrats-Mitgliede gewählten bisherigen Stadtverordneten Schmidt Stadtverordneter Ad. Kantorowicz gewählt.

Zum Vorsteher für den VI. Armenbezirk wird Kaufmann Vorweg, und zum Stellvertreter desselben Kaufmann L. Licht gewählt.

Gegen die interimistische Anstellung des Elementarlehrers Schüler, worüber Stadtverordneter Dr. Rehsfeld berichtet, sowie gegen die definitive Anstellung des Real-schullehrers Gismann, worüber Stadtverordneter Mühl Bericht erstattet, werden keine Einwendungen erhoben.

Für einen städtischen Lehrer wird auf den Magistrats-Antrag, welcher vom Stadtverordneten Dr. Szymanski bekräftigt wird, eine Unterstützung von 150 Mark bewilligt.

Mit der Verpachtung der Verkaufsstelle Altstadt Nr. 468 (am Ende der Bronerstraße) erklärt sich die Versammlung, gemäß dem Magistrats-Antrage, über welchen Stadtverordneter Löwinski berichtet, zu dem Preise von 750 Mark an den bisherigen Pächter auf die Dauer von drei Jahren einverstanden; ebenso mit der Verpachtung des Grundstücks Zamady Nr. 127a zu dem Preise von 105 M. an den bisherigen Pächter auf die Dauer von einem Jahre.

Hiermit erreichte die Sitzung, welche 4 Uhr Nachmittags begann, hat 6½ Uhr Abends ihr Ende.

Staats- und Volkswirtschaft.

V. Neuer Güter-Tarif. Bei der Oberschlesischen Eisenbahn ist am 1. Oktober Cr. ein neuer Lokal Güter-Tarif in Gültigkeit getreten, wodurch der Lokal-Güter-Tarif vom 1. Juli 1877 nebst sämtlichen Nachträgen, soweit derselbe Bestimmungen über den Güterverkehr enthält, aufgehoben wird. Dagegen bleiben die bestehenden Vorschriften über die Beförderung von Leichen, Equipagen und anderen Fahrzeugen, ferner von lebenden Thieren, hierneben bis auf Weiteres in Geltung.

*** Hamburger Petroleum-Bohr-Gesellschaft.** Auch in Hamburg hat sich jetzt eine Petroleum-Bohr-Gesellschaft gebildet. Dieselbe hat 30 Morgen Bohrgerechtigkeiten in Dabesse (Delheim) und 1500 Morgen in Dollbergen erworben. Wie es heißt, soll das Kapital der Gesellschaft unter der Hand placirt sein.

**** Luxemburger Nationalbank.** Wie aus Luxemburg, 5. Oktober, telegraphisch gemeldet wird, hat die Kammer den Gesetzentwurf, wodurch der Staat die Noten der Nationalbank in ihrem vollen Betrage einzulösen ermächtigt wird, einstimmig angenommen. Das Ministerium erklärte, daß es dem Könige seine Entlassung eingereicht habe. Die Kammer ernannte ferner mit Zustimmung der Regierung eine Untersuchungs-Kommission.

**** Petersburg, 4. Oktober.** Ausweis der Reichsbank vom 3. Oktober n. St. *)

Kreditbill. im Uml.	716,515,125 Rbl.	unverändert
Notenemiss. für Rechnung der Succurs.	417,000,000 „	unverändert
Vorschüsse der Bank an die Staatsregier.	400,000,000 „	unverändert

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 26. September.

P e r m i s s e s.

*** Gustav Schwetschke.** Aus Halle kommt die telegraphische Nachricht, daß Karl Gustav Schwetschke, am 5. d. daselbst gestorben ist. Mit ihm ist eine originelle Erscheinung unserer Literatur, ein Mann von freisinnigem, geradem Wesen aus dem Leben geschieden. Schwetschke war am 5. April 1804 in Halle als der Sohn eines angesehenen Buchhändlers geboren. Er studirte dort und später in Heidelberg Philologie, kehrte später an die heimatliche Universität zurück, von der er jedoch kurze Zeit darauf wegen Theilnahme an burschenschaftlichen Bestrebungen relegirt wurde. Dies bestimmte ihn zum Aufgeben der wissenschaftlichen Karriere und zum Eintritt in das Verlagsgeschäft seines Vaters, der auch Eigentümer des „Halle'schen Courier“ war. Die Redaktion des Blattes ging bald in die Hände des Sohnes über, der sie in freisinnigem Geiste und unter mancherlei Fährnissen führte. In den vierziger Jahren nahm er lebhaften Antheil an den Bestrebungen der „protestantischen Freunde“ und ward der Stifter einer „Freien Gemeinde“, wie er überhaupt für alle Bewegungen auf politischem und religiösem Gebiet warmes Interesse hatte. Das Parlament sah ihn in seiner Mitte und der Reichsversammlung gehörte er als Abgeordneter für Sangerhausen und als Mitglied der Rationsoberpartei an. Hier erschienen im Februar 1849 seine gegen die demokratische Linke gerichteten „Novae Epistolae obscurorum virorum“, ein Buch voll köstlicher Satire und überaus ergötzlich durch die Behandlung des lateinischen. Im Jahre 1855 wendete er sich mit seinen „Novae epistolae clarorum virorum“ gegen die preussische Reaktion. Seine übrigen zahlreichen Schriften, von welchen eine Auswahl in vermehrter Auflage (1866) erschien, sind theils dichterischen, theils literar- und kulturhistorischen Inhalts. Unter den Dichtungen sind besonders hervorzuheben die in 7 Auflagen erschienene „Bismarckias“ und die vier Mal aufgelegte „Varzinias“, lateinische Gedichte zur Verherrlichung der nationalen Bestrebungen Bismarck's (1867 und 1869 erschienen). Unter den literar- und kulturhistorischen Schriften befinden sich die „Vorabemische Buchdrucker-Geschichte der Stadt Halle“, die ihn von der dortigen Universität den Doktorgrad eintrug, dann der „Codex nundinarius Germaniae literatae bissecularis“, ferner eine „Geschichte des Pömbre“. Schwetschke war auch Eigentümer der „Halle'schen Zeitung“.

*** Schnee in Berlin.** Die „Post“ schreibt: Nach einem unfreundlichen Vormittage brachte uns der gestrige 4. Oktober gegen 5 Uhr Nachmittags den ersten Schnee, allerdings noch stark mit Regen gemischt, aber doch in hinreichender Fülle, um den Straßen für kurze Zeit ein ziemlich winterliches Aussehen zu verleihen. Hoffentlich ist dieser erste Versuch des Winters, sich bei uns einzubürgern, nicht der Anfang einer baldigen und dauernden Okkupation unserer Gegend.

*** Ein Mitglied der Familie Bonaparte** wirkt seit einigen Tagen an der Pariser Börse als Makler, d. h. als Privatmakler (Remisier). Es ist dies Prinz Achille Napoleon Murat, ein Sohn des 1878 verstorbenen Prinzen Lucian Murat und Enkel des ehemaligen Königs von Neapel Joachim Murat. Er selbst ist vermählt mit einer Prinzessin Salome von Mingrelion und war früher Lieutenant in einem französischen Husaren-Regiment. Seine Schwester ist die Frau des Herzogs von Mouchy.

*** Nach einer Meldung der „Trierster Ztg.“** ist der von New York nach Trier bestimmte Segler „Calista James“ mit 8000 Faß Petroleum auf offener See verbrannt.

*** Aus Nizza** wird der „Post“ geschrieben: „Bei dem am 24. März d. J. hier stattgehabten Theaterbrande ist, wie bekannt, auch ein Deutscher, der Dr. Arendt Schilling von Cannstadt aus Eberswalde bei Berlin uns Leben gekommen. Durch amtliche Zeugenerkenntnisse wurde festgestellt, daß der Genannte sein Leben nicht, wie ursprünglich angenommen war, durch einen unglücklichen Zufall, sondern bei Rettungsversuchen eingebüßt hat, welche er mit größter Unerschrockenheit und Aufopferung ausführte, bis auch ihn endlich der Erstickungstod ereilte. Hierdurch hat sich der Ausbruch zur Unterstützung der Hinterbliebenen der bei dem Brande Verunglückten zu dem Beschlusse bewegen gefunden, dem Dr. Arendt als Zeichen öffentlicher Anerkennung, ein Grabdenkmal mit einer ehrenden Inschrift setzen zu lassen und für die Ausführung eine namhafte Summe aus den zu Gebote stehenden Mitteln anzuweisen. Das Denkmal ist nunmehr zur Aufstellung gelangt, und die Deutschen, welche Nizza besuchen, werden mit Genugthuung wahrnehmen können, daß eines der schönsten und und ansehnlichsten Denkmäler des hiesigen protestantischen Kirchhofes zur Erinnerung an die edle Selbstaufopferung eines deutschen Landmannes errichtet worden ist.“

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —

Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

—r. Nach den in den letzten Jahren entstandenen vielen und umfangreichen Zigarettenfabriken zu urtheilen, hat die Fabrikation dieses Artikels eine bedeutende Ausdehnung erfahren und namentlich in den höheren Gesellschaftskreisen dem Zigaretten-Konsum eine erhebliche Konkurrenz gemacht. Vom sanitären Standpunkte aus ist dies nur willkommen zu heißen. Der Geschmack einer aus guten und reinen Tabaken gefertigten Zigarette ist demjenigen einer nikotinbaltigen schweren Zigarette entschieden vorzuziehen und ist die Zigarette thatsächlich die billigste, gesündeste und appetitlichste Form des Tabakgenusses.

Unter den renommierten Dresdener Zigarettenfabriken ist diejenige des Herrn C. S. Litzmann „Réunion“ befreit, ihren Konsumenten empfehlenswerthe und preiswürdige Fabrikate zu liefern und unterhält dieselbe in vielen hiesigen Geschäften Niederlagen.

Grabkreuze, Tafeln, Pyramiden,

in Marmor, Sandstein und Granit empfiehlt in korrekter Schrift und dauerhafter Vergoldung
Breslauer-Straße Nr. 38.
C. Klug.

Für die Inmerate mit Ausnahme
des Sprechsaals verantwortlich
Verleger.